



Bericht

der Landesregierung

Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2005 bis 2009

Federführend ist der Minister für Finanzen.



Finanzplan

des Landes Schleswig-Holstein

2005 bis 2009

Stand: 09. August 2005

Aufgestellt
vom Finanzministerium
und beschlossen
von der Landesregierung des Landes Schleswig-Holstein

Gliederung

	<u>Seite</u>
I. Vorbemerkung	5
II. Der Gesamtrahmen des Finanzplans	7
1. Wirtschaftliche Rahmendaten	7
2. Finanzielle Lage des Landes/Haushaltsstruktur	12
III. Schwerpunkte der Landespolitik für Schleswig-Holstein: Arbeit, Bildung, Zukunft	15
1. Haushalt – Finanzpolitische Zielsetzungen und Maßnahmen	15
2. Wirtschaft und Arbeit	19
3. Bildung	27
4. Verwaltungsstrukturreform	30
5. Innere Sicherheit	32
6. Informations- und Kommunikationstechnologien für E-Government	32
IV. Eckdaten des Finanzplans 2005 – 2009	36
V. Einnahmenseite des Finanzplans	37
1. Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	37
2. Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	38
3. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	39
4. Einnahmen aus Zuwendungen für Investitionen und Schuldenaufnahmen	39
5. Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	40

	<u>Seite</u>
VI. Die Ausgabenseite des Finanzplans	42
1. Personalausgaben	42
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	47
3. Ausgaben für den Schuldendienst	47
4. Zuwendungen für nichtinvestive Zwecke	51
5. Ausgaben für eigene Investitionen des Landes und Investitionsförderungsmaßnahmen	53
VII. Kommunalbereich	54
1. Kommunalen Finanzausgleich	54
2. Steuereinnahmen der Kommunen	56
VIII. Sonstige Schwerpunkte	57
1. Verkehrsbereich	57
2. Landwirtschaft, Umwelt und ländlicher Raum	58
3. Frauenpolitische Maßnahmen	60
4. Soziale Wohnraumförderung	61
5. Städtebauförderung	62
6. Gesundheitswesen	63
7. Sozial-, Kinder-, Jugend- und Familienbereich	65
8. Asyl- und Ausländerrecht	68
9. Staatlicher Hochbau (ohne Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau)	68

Seite

Anlagen

1	Gesamteinnahmen	71
2	Gesamtausgaben	72
3	Finanzierungsübersicht	73
4	Steueraufkommen	74
5	Bedeutsame nichtinvestive Ausgaben aufgrund von Bundesgesetzen	75
6	Aufteilung der Finanzausgleichsmasse	76
7	Sachinvestitionen und Investitions- förderungsmaßnahmen	78
8	Ausgaben für wesentliche Aufgabenbereiche nach Einzelplänen	79
9	Gruppierungsübersicht nach dem Schema des Finanzplanungsrates (gesondert)	1 - 27

I. Vorbemerkung

1. Rechtsgrundlage

Nach §§ 9 und 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) vom 8. Juni 1967 ist der Haushaltswirtschaft des Bundes und der Länder eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. In ihr sind Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten in ihren Wechselbeziehungen zu der mutmaßlichen Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens darzustellen. Der Finanzplan ist nach § 9 Abs. 3 StWG jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuführen.

§ 50 Abs. 3 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) vom 19. August 1969 bestimmt, dass der Finanzplan den gesetzgebenden Körperschaften spätestens im Zusammenhang mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes für das nächste Haushaltsjahr vorzulegen ist. Diesen gesetzlichen Bestimmungen trägt die Landesregierung mit der Vorlage des Finanzplans für das Land Schleswig-Holstein 2005 bis 2009 Rechnung.

2. Aufgabe der Finanzplanung

Die Finanzplanung stellt eine wichtige Entscheidungshilfe für Parlament und Regierung dar. Sie zeigt vor allem auf, in welchem Umfang voraussichtlich Mittel für die Finanzierung der Aufgaben des Landes im mittelfristigen Zeitraum zur Verfügung stehen - aber auch, welche Vorausbelastungen aus bisherigen Maßnahmen zu erwarten sind und wie groß damit der Spielraum für die Übernahme neuer Aufgaben ist.

Der Finanzplan ersetzt nicht die Aufstellung der vom Parlament zu beschließenden jährlichen Haushaltspläne; ihm kommt vielmehr nur Programmcharakter zu. Er wird deshalb dem Landtag nicht zur Beschlussfassung, sondern nur zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die konkrete Umsetzung der Finanzplanungsdaten in die Haushaltswirklichkeit erfolgt durch den Haushaltsplan des jeweiligen Jahres. Insoweit stehen die Aussagen im Finanzplan zu den Programmen und Maßnahmen unter Haushaltsvorbehalt.

3. Planungszeitraum

Nach § 50 Abs. 2 HGrG ist das erste Planungsjahr der Finanzplanung das laufende Haushaltsjahr. Grundlage dieser Finanzplanung ist mithin der Haushalt 2005 einschließlich Nachtragsentwurf. Die Werte für 2006 entsprechen dem vorgelegten Haushaltsentwurf. Eigentliche Finanzplanungsjahre sind damit die Jahre 2007 bis 2009.

II. Der Gesamtrahmen des Finanzplans

1. Wirtschaftliche Rahmendaten

1.1 Wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik

Entwicklung im Vorjahr und im laufenden Jahr 2005

Der erwartete wirtschaftliche Aufschwung ist auch in 2004 ausgeblieben. Im Jahresdurchschnitt 2004 nahm das reale Bruttoinlandsprodukt zwar mit 1,6 % stärker als in den beiden Vorjahren zu (2003: - 0,1 %; 2002: 0,2 %). Allerdings ist die Wachstumsrate aufgrund des Basiseffekts und der höheren Zahl der Arbeitstage (Beitrag: 0,5%-Punkte) zu relativieren. Insgesamt war das Wachstum in Deutschland vor dem Hintergrund des kräftigen weltwirtschaftlichen Wachstums in 2004 im Vergleich zu den übrigen Industriestaaten weiter unterdurchschnittlich. Der Wachstumsbeitrag ist auf den deutlichen Zuwachs der Auslandsnachfrage von 8 % zurückzuführen. Die Inlandsnachfrage hat sich hingegen sowohl im Bereich des privaten Konsums als auch der privaten Investitionen im Vergleich weiter abgeschwächt. Ohne Berücksichtigung des Zuwachses der Auslandsnachfrage wäre die Volkswirtschaft auch in 2004 geschrumpft.

In den ersten Monaten des laufenden Jahres 2005 hat sich die wirtschaftliche Situation leicht verbessert. Im ersten Quartal nahm das reale Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum relativ deutlich um 1,1 % (Jahresschlussquartal 2004 0,5 %) zu. Damit erreichte Deutschland auch im EU-Vergleich seit längerer Zeit wieder einen Spitzenwert. Allerdings signalisieren die letzten Konjunkturmeldungen für den weiteren Jahresverlauf eine Wachstumsabschwächung. So haben alle bedeutenden Institutionen die Prognosen für das laufende und für das kommende Jahr nach unten revidiert. Im Kern wird für Deutschland eine Wachstumsrate für das Gesamtjahr zwischen 0,6 -1,1 % erwartet. Die letzte Steuerschätzung vom Mai 2005 hat die von der Bundesregierung bereits revidierte Wachstumsrate für das reale Bruttoinlandsprodukt von 1,0 % zugrunde gelegt (November 2004: 1,7 %).

Wesentlicher Hintergrund für die verschlechterten Erwartungen ist die allgemeine Abschwächung der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Die Wachstumsraten sind neben Kerneuropa auch in Japan und in den USA gesunken. Konjunkturbelastend sind in den Industriestaaten vor allem die anhaltend hohen Rohstoffpreise, insbesondere die Steigerungen im Energiebereich. Im Zuge der schwächeren Wachstumsperspektiven haben die langfristigen Zinssätze in Europa im ersten Halbjahr wiederholt historische Tiefstände erreicht.

Die schwache Konjunktorentwicklung hat sich auch auf dem Arbeitsmarkt deutlich niedergeschlagen. Die Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt 2004 im Bundesgebiet bei 10,8 % (Vorjahr 10,5 %). Nach der Einführung der Arbeitsmarktreformen („Hartz IV“) zu Jahresbeginn und der damit verbundenen Einbeziehung der erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger hat sich die Arbeitslosenquote sprunghaft auf 12,1 % erhöht. So wurde erstmals die Schwelle von 5 Millionen Arbeitslosen überschritten. Dies ist der höchste Wert der Nachkriegszeit. Bis April ist vor allem aufgrund der jahreszeitlich bedingten Einflüsse und der staatlich geförderten Sonderformen der Beschäftigung ein leichter Rückgang auf 11,8 % eingetreten. Mit einer deutlichen Entspannung der Arbeitsmarktssituation im Jahresverlauf wird aber nicht gerechnet. Der Sachverständigenrat geht in seinem Frühjahrsgutachten für das Gesamtjahr 2005 von einer Arbeitslosenzahl von 4,84 Millionen aus.

Der Preisanstieg (Index für die Lebenshaltung der privaten Haushalte) lag im Jahresdurchschnitt 2004 mit 1,6 % über der Rate des Vorjahres (1,1 %). Die Erhöhung war nahezu ausschließlich in den zusätzlichen Belastungen im Gesundheitswesen und den höheren Energiepreisen begründet. Für das Gesamtjahr 2005 wird gegenüber dem Vorjahr nur mit einem leichten Preisanstieg gerechnet. Erhöhungspotenzial wird insbesondere im Bereich der Energiepreise, der administrierten Preise, sowie im Falle einer weiteren Abschwächung des Euros gesehen.

Erwartete Wirtschaftsentwicklung im kommenden Jahr 2006

Aussagen zum mittelfristigen Trend der Wirtschaftsentwicklung sind grundsätzlich mit hoher Unsicherheit belastet. In den letzten Monaten sind vor dem Hintergrund der schwierigen weltwirtschaftlichen Lage und bestehender Strukturprobleme in der Bundesrepublik Deutschland von allen wesentlichen Institutionen die Wachstumsprognosen für das laufende und für das nächste Jahr 2006 nach unten korrigiert worden. Auch mittelfristig wird nur mit einem geringen Wachstumsniveau gerechnet.

Im Jahr 2006 wird für die Bundesrepublik Deutschland eine leichte konjunkturelle Erholung erwartet. Nach den jüngsten Prognosen wird für das kommende Jahr 2006 ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in der Spanne von 1,3 % bis 1,9 % erwartet. Auch die Prognosen des Wachstumspotenzials für die Folgejahre liegen derzeit kaum höher. Für die nur leichte wirtschaftliche Erholung im Jahr 2006 werden insbesondere folgende Gründe angeführt: Auf der Exportseite werden sich die positiven Impulse aufgrund des nachlassenden Wachstums des Welthandels abschwächen. Mit einer Belebung der Binnennachfrage ist nur allmählich zu rechnen. Die bislang teilweise eingeleiteten strukturellen Reformen auf dem Arbeitsmarkt und im Sozialbereich entfalten lediglich eine zeitverzögerte bzw. begrenzte Wirkung sowohl bei den Konsumenten als auch bei den privaten Investoren.

Im Zusammenhang mit der Revision der Prognosen zum Wirtschaftswachstum wurden auch die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit erarbeiteten gesamtwirtschaftlichen Annahmen, die Eingang in die Steuerschätzung finden, überarbeitet. Folgende Eckwerte wurden festgelegt:

Gesamtwirtschaftliche Eckwerte der Steuerschätzung vom Mai 2005

Zuwachsraten des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in v. H.			
	2005	2006	Durchschnitt 2005–2009
nominal	1,6	2,4	2,5
real	1,0	1,6	1,5

Im Vergleich zur Steuerschätzung vom November 2004 ist die Wachstumsrate für das laufende Jahr 2005 um 0,75 %-Punkte zurückgenommen worden. Die zuletzt im Mai 2004 für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung prognostizierte durchschnittliche Wachstumsrate wurde um 0,25 %-Punkte auf nunmehr 1,5 % reduziert.

Als steuerliche Auswirkungen ergeben sich gegenüber den letzten Steuerschätzungen für Bund, Länder und Gemeinden Steuerausfälle von rd. 5,7 Mrd. € im laufenden Jahr und rd. weitere 60 Mrd. € in den Jahren 2006 bis 2008.

Mittelfristig ist ein reales Wirtschaftswachstum in der Größenordnung von zwei Prozent eine unverzichtbare Voraussetzung sowohl für den dringend notwendigen Abbau der Arbeitslosigkeit als auch für die Rückführung der Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren. Die privaten Investitionen zur Erneuerung und Erweiterung der Produktionskapazitäten und die Investitionen in das Humankapital, namentlich im Bereich der Ausbildung und beruflichen Qualifikation, spielen dabei eine Schlüsselrolle für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Eine nachhaltige Stärkung des Wirtschaftswachstums über das nächste Jahr hinaus wird aber nur zu erreichen sein, wenn die weiter notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zügig umgesetzt werden. Aufgrund des sehr begrenzten finanziellen Spielraums ist seitens des Staates eine inhaltliche Bündelung der eigenen Aktivitäten und das Aufzeigen eines verlässlichen Handlungsrahmens dringend erforderlich. Die in zahlreichen Aufgabenfeldern zum Teil gravierenden Umstrukturierungen können jedoch letztlich nur erfolgreich abgeschlossen werden, wenn über die Notwendigkeit der Reformen auf der Basis eines Gesamtkonzepts ein

breiter Grundkonsens in der Bevölkerung besteht und die Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft die Umsetzung in den verschiedenen Bereichen vorantreiben.

1.2 Wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein

Vor dem Hintergrund der anhaltend schwachen Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik konnte sich die Wirtschaft Schleswig-Holsteins im vergangenen Jahr 2004 vergleichsweise gut behaupten. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm in Schleswig-Holstein um 1,8 % gegenüber dem Vorjahr zu. Die Wachstumsrate im Durchschnitt der westdeutschen Länder lag hingegen niedriger bei 1,6 % und entsprach damit dem gesamtdeutschen Niveau. Die ostdeutschen Länder konnten wiederum keinen Wachstumsbeitrag liefern.

Zu der überdurchschnittlichen Wirtschaftsentwicklung in Schleswig-Holstein hat insbesondere das Verarbeitende Gewerbe beigetragen. So stieg der Wertschöpfungsbeitrag im Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein um real 7,7 % und damit deutlich stärker als im gesamten Bundesgebiet mit 4,6 %. Hieran waren alle großen Industriebranchen, die zusammen über 60 % des Industrieumsatzes ausmachen, beteiligt, namentlich das Ernährungsgewerbe, die chemische Industrie, der Maschinenbau und die Elektrotechnik. Hintergrund für die positive Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe des Landes war vor allem der sehr kräftige Anstieg der Auslandsumsätze um 20 %. Mit fast 40 % erreichte die Exportquote im vergangenen Jahr das bisher höchste Niveau in Schleswig-Holstein.

Das nun bereits mehrere Jahre anhaltende, schwache Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland hat die Probleme auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärft. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in Schleswig-Holstein - ebenso wie im gesamten Bundesgebiet - im vergangenen Jahr weiter erhöht. Allerdings war der Anstieg in Schleswig-Holstein mit 1,3 % im Vorjahresvergleich etwas stärker als in Westdeutschland (1,0 %). Bezüglich der Zahl der Erwerbstätigen kam es in Schleswig-Holstein zu einem Rückgang um 0,1 %, während in Westdeutschland ein Anstieg um 0,4 % zu verzeichnen war. Die Arbeitslosenquoten haben sich dennoch im Vorjahresvergleich nur leicht verändert. Die Quote in Schleswig-Holstein erhöhte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 9,8 % und lag mit gleich bleibendem Abstand über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder von 8,5 %. Aufgrund der sehr hohen Arbeitslosenquoten in den ostdeutschen Bundesländern ist die regionale Quote in Schleswig-Holstein aber weiterhin niedriger als im Bundesgebiet insgesamt (10,5 %).

Die Arbeitslosenquote der vier kreisfreien Städte im Lande lag mit durchschnittlich 13,8 % deutlich höher als die der elf Kreise mit 9,0 %.

Aktuell (Stand Juni 2005) haben wir folgende Arbeitsmarktsituation:

Arbeitslose in

- Schleswig-Holstein: 156.198 (Quote 11,2 %)
- Westdeutschland: 3.116.953 (Quote 9,5 %)
- Ostdeutschland: 1.587.097 (Quote 18,5 %)
- Deutschland: 4.704.050 (Quote 11,3 %).

Im bisherigen Jahresverlauf 2005 ist die wirtschaftliche Erholung entgegen den Erwartungen im Herbst des letzten Jahres weiterhin ausgeblieben. Bei der anhaltend schwachen Binnenkonjunktur führt die nachlassende weltwirtschaftliche Dynamik zu einer Abschwächung der Exporte als bisherige Impulsgeber. Diesem grundsätzlichen wirtschaftlichen Trend kann sich auch Schleswig-Holstein nicht entziehen.

Die ersten Daten zur Wirtschaftsentwicklung in Schleswig-Holstein bestätigen die potenzielle Abschwächung. Nachdem sich im letzten Quartal 2004 positive Anzeichen durchgesetzt hatten, wird die aktuelle Geschäftslage nach den jüngsten Konjunkturberichten der Industrie- und Handelskammern Schleswig-Holsteins wieder zunehmend pessimistischer eingeschätzt. So werden in der Befragung von 1400 Unternehmen das schwächere Export-Wachstum, die hohen Rohstoffpreise, der starke Euro und die schwache Binnenkonjunktur als wachstumsschwächende Faktoren genannt. Insgesamt wird die gegenwärtige Lage von der Mehrzahl der Unternehmen aber als befriedigend eingestuft.

Die weitere Entwicklung im Jahresverlauf wird zurückhaltend eingeschätzt. Die Investitionsplanungen bleiben auf relativ niedrigem Niveau, Neueinstellungen sind ebenfalls nicht in größerem Umfang vorgesehen. Die Wirtschaftsentwicklung bleibt damit insgesamt zwar angespannt. Ebenso wird aber eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage und ein Abgleiten in eine Rezession als unwahrscheinlich angesehen.

Die abwartende Haltung der Unternehmen ist auch in engem Zusammenhang mit der Neuordnung der politischen Verhältnisse in Schleswig-Holstein und auch auf Bundesebene zu sehen. Eine nachhaltige Stimmungsverbesserung setzt voraus, dass insbesondere auf Bundesebene ein glaubwürdiges Konzept zur Reform der staatlichen Rahmenbedingungen entwickelt und schrittweise umgesetzt wird.

Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt weiter angespannt. Nachdem sich bereits im letzten Quartal 2004 eine Verschlechterung abgezeichnet hatte, war es im Zuge der Einführung der Arbeitsmarktreformen zum Jahreswechsel („Hartz IV“) zunächst zu einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosenzahlen gekommen. Allerdings sind die Zahlen im Jahresvergleich und im Verlauf aufgrund der statistischen Verwerfungen und der Kürze des Zeitraums nur

bedingt aussagekräftig. So stieg die Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein im Januar zunächst auf 12,7 % und übertraf damit vorübergehend die gesamtdeutsche Quote von 12,1 %. Bis zum Mai 2005 sank die Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein auf 11,4 % und lag damit wieder unter dem gesamtdeutschen Niveau von 11,6 %. Dennoch fiel der saisonbedingte Rückgang der Arbeitslosenzahlen im Frühjahr relativ verhalten aus.

Eine durchgreifende Besserung der Arbeitsmarktlage ist nur zu erwarten, wenn die notwendigen Strukturreformen der sozialen Sicherungssysteme und hier insbesondere die Reduzierung der Lohnnebenkosten konsequent umgesetzt werden.

2. Finanzielle Lage des Landes / Haushaltsstruktur

Die neue Landesregierung hat die schrittweise Konsolidierung des Landeshaushalts zu einer politischen Schwerpunktaufgabe der laufenden Legislaturperiode erklärt. Voraussetzung für eine erfolgreiche Konsolidierungspolitik sind die Offenlegung der finanziellen Ausgangssituation und die Ermittlung des strukturellen Defizits im Landeshaushalt.

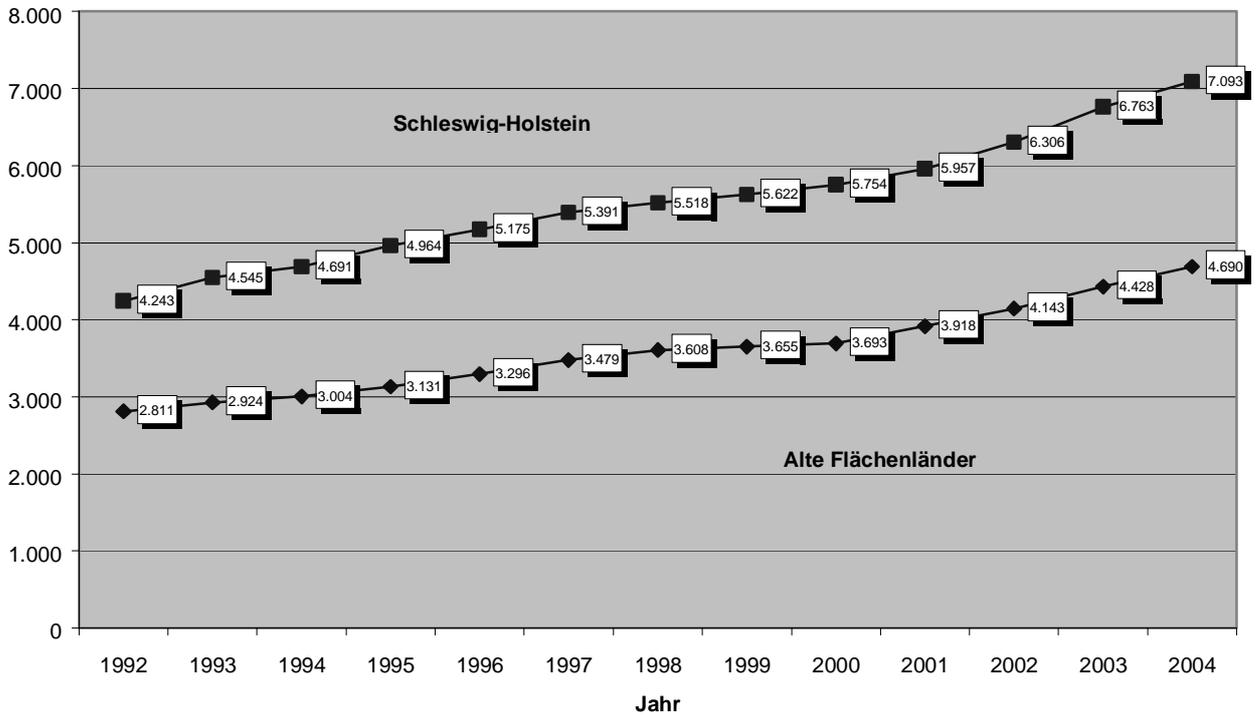
2.1. Finanzielle Ausgangslage / Verschuldung des Landes

Die Verschuldung des Landes ist Ende 2004 auf 20,04 Mrd. € gestiegen. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt mit 7.093 € um rd. 53 % über dem Durchschnitt der alten Flächenländer in Höhe von 4.690 €.

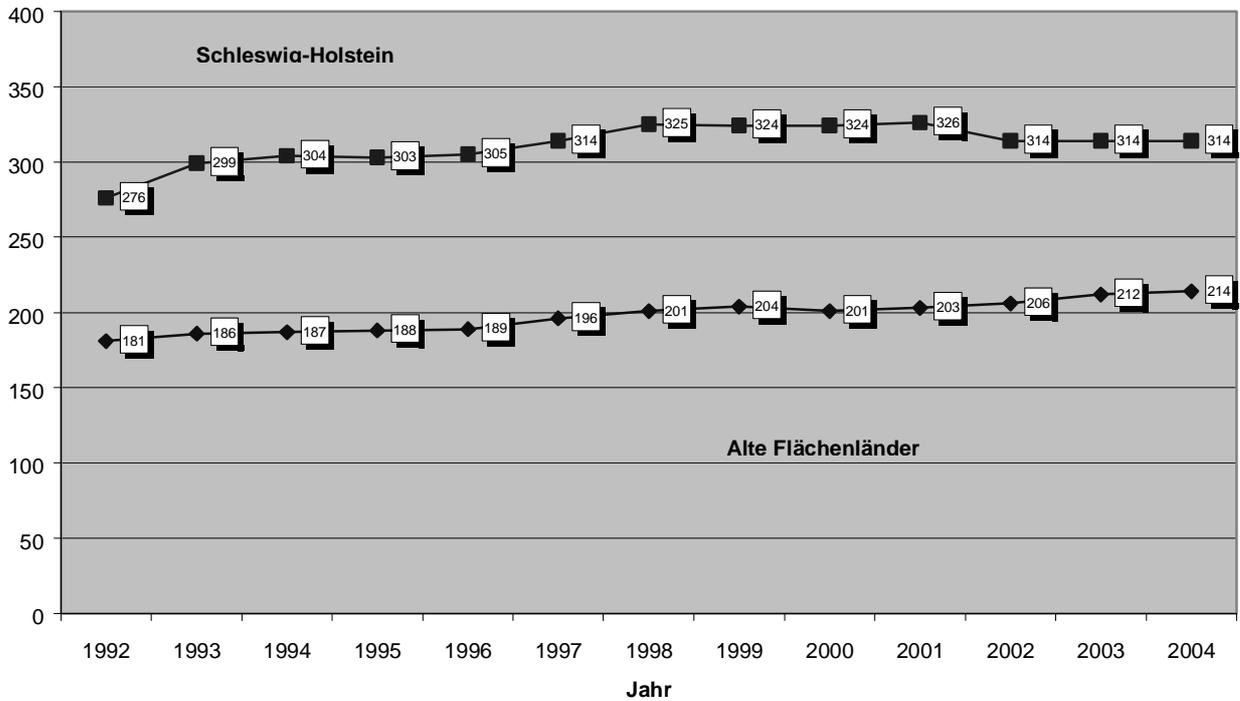
Nach Einbeziehung der unterdurchschnittlichen Verschuldung der Gemeinden des Landes nimmt Schleswig-Holstein im Ländervergleich eine mittlere Position ein.

Aus der überdurchschnittlich hohen Verschuldung des Landes resultieren überproportional hohe Zinsausgaben. Sie betragen im Jahre 2004 314 € pro Kopf im Vergleich zu 214 € pro Kopf bei den alten Flächenländern. Die absoluten Zinsausgaben liegen mittlerweile bei rd. 900 Mio. € pro Jahr. Das relativ konstante Niveau in den Vorjahren und im Nachtragsentwurf 2005 von 890 Mio. € beruht auf niedrigen Marktzinsen, einem eng an der Marktentwicklung ausgerichteten, erfolgreichen Kredit- und Zinsmanagement und der Umschuldung von höherverzinslichen Altkrediten auf das aktuelle Zinsniveau. Inzwischen sind aber die Altkredite des Landes weitestgehend umfinanziert. Deshalb werden auch bei einer deutlichen Rückführung der Neuverschuldung in den kommenden Jahren die Zinsausgaben selbst bei einer nur moderaten Erhöhung der Kapitalmarktzinsen im Finanzplanungszeitraum deutlich ansteigen. Die Entwicklung der Neuverschuldung und der Zinsausgaben im Finanzplanungszeitraum ist im Einzelnen unter Ziff. VI. dargestellt.

Schulden des Landes pro Einwohner in Euro



Zinsausgaben für Kreditmarktmittel pro Einwohner in Euro (ohne Zinsen für Schulden bei öffentlichen Haushalten)



2.2 Struktur des Landeshaushalts

Der Landeshaushalt verfügt nur noch über einen sehr begrenzten finanziellen Handlungsspielraum. Rd. 92 % der im Haushalt 2005 veranschlagten Netto-Ausgaben in Höhe von rd. 7,9 Mrd. € sind kurzfristig nicht disponibel. Auf bundesgesetzliche und landesgesetzliche Leistungen entfallen rd. 30 %, auf durchlaufende Mittel und durch zweckgebundene Einnahmen gedeckte Ausgaben rd. 5 %, auf Zinsausgaben 12 %, Personalausgaben 39 % und auf bereits eingegangene Verpflichtungen und vertragliche Zusagen 6 %. Die restlichen 8 % bilden Zuschüsse an die Hochschulen oder an rechtlich verselbständigte Einrichtungen, Zuschüsse zur Bindung von Bundes- und EU-Mitteln im Rahmen von Gemeinschaftsfinanzierungen oder andere Zuwendungen. Die optimistischen Grundannahmen für den Haushalt 2005 zum Zeitpunkt seiner Verabschiedung wurden nicht erfüllt. Die Steuereinnahmen mussten um rd. 634 Mio. € nach unten korrigiert werden, bei Personalausgaben und gesetzlichen Leistungen wie beispielsweise der Sozialhilfe und Grundsicherung für Arbeitsuchende ergab sich ein unerwarteter Mehrbedarf und eingeplante Mehreinnahmen und globale Minderausgaben konnten zum Teil nicht realisiert werden. Die Deckungslücke betrug einschließlich der vorgesehenen Neuverschuldung rd. 1,7 Mrd. €. Nach den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Mai 2005 werden die Steuereinnahmen im Finanzplanungszeitraum gegenüber früheren Prognosen nur von rd. 5.100 in 2006 auf 5.645 Mio. € ansteigen. Das sind 800 bis 950 Mio. € weniger als erwartet.

Die Nettokreditaufnahme übersteigt wie bereits in den Jahren 2002 bis 2004 im Finanzplanungszeitraum die Summe der eigenfinanzierten Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen.

III. Schwerpunkte der Landespolitik für Schleswig-Holstein: **Arbeit, Bildung, Zukunft**

1. Haushalt – Finanzpolitische Zielsetzungen und Maßnahmen

Den unter II. genannten Problemen kann angesichts der Versteinerung des Haushalts nicht allein durch Einsparungen begegnet werden. Neben deutlichen Sparmaßnahmen sind Steuermehreinnahmen und sinkende Sozialausgaben aufgrund eines stärkeren und dauerhaften wirtschaftlichen Wachstums unumgänglich. Erste Indizien für eine mögliche Belebung der wirtschaftlichen Situation in Schleswig-Holstein sind bei den Ansätzen im Finanzplan durch die Einstellung globaler Mehreinnahmen berücksichtigt worden. Ohne wirtschaftliches Wachstum ist eine Haushaltskonsolidierung nicht erreichbar.

Im Mittelpunkt der Finanz- und Wirtschaftspolitik der neuen Landesregierung steht deshalb die Konsolidierung der Landesfinanzen durch ein Maßnahmenbündel: sparen, investieren, reformieren.

Im Einzelnen bedeutet das:

- die Neuverschuldung spürbar und nachhaltig zu reduzieren und in der laufenden Legislaturperiode möglichst zu halbieren,
- das bestehende strukturelle Ungleichgewicht schrittweise zurückzuführen, um hierdurch wieder den notwendigen finanziellen Handlungsspielraum zurück zu gewinnen,
- durch bessere Rahmenbedingungen, Investitionsanreize und Investitionen Wachstum und Beschäftigung zu steigern.

1.1 Haushaltskonsolidierung

- Die Netto-Neuverschuldung soll in der laufenden Legislaturperiode möglichst halbiert werden. Ausgehend von der Nettokreditaufnahme in Höhe von 1.704 Mio. € im Nachtragsentwurf 2005 ist es mit dem Haushaltsentwurf 2006 bereits gelungen, eine Absenkung auf 1.562 Mio. € herbeizuführen. In den weiteren Finanzplanungsjahren ist eine weitere schrittweise Absenkung bis zum angestrebten Ziel einer Halbierung am Ende der Legislaturperiode vorgesehen.
- Die Ausgaben für Investitionen liegen im Nachtragsentwurf 2005 bei 769 Mio. €. Sie sollen durch Umschichtungen von Personalausgaben und nichtinvestiven Zuwendungen gesteigert und auf wachstumswirksame Bereiche konzentriert werden.

Die Landesregierung hat deshalb bereits ein umfangreiches Personalkosteneinsparkonzept beschlossen, wird bis Ende 2005 wesentliche Schritte in eine Verwaltungsstrukturreform einleiten und hat mit dem Haushaltsstrukturgesetz 2006 Einsparungen im nicht-investiven Bereich vorgeschlagen. Ziel ist ein verfassungskonformer Haushalt am Ende der Legislaturperiode. Im Zahlenwerk dieses Finanzplans spiegeln sich die geplanten Haushaltsentlastungen und –umschichtungen aber noch nicht wider. Dies war aus zeitlichen Gründen noch nicht zu schaffen.

- Insbesondere durch Abbau von Steuervergünstigungen sollte die Basis der Steuereinnahmen vergrößert und der Weg zu Mehreinnahmen frei gemacht werden.
- Um die Vereinbarungen der Länderfinanzminister im Zuge der gemeinsamen Anstrengungen der Haushaltskonsolidierung und der Einhaltung der Maastrichtkriterien einzuhalten, dürfen die Nettoausgaben des Landes nur mit maximal 1 % steigen. Ausgehend vom derzeitigen Stand bedeutet dieses bereits eine erhebliche Disziplin aller Fachressorts bei den künftigen Haushaltsanmeldungen. Gegenüber dem Nachtragshaushaltsentwurf 2005 wird im Entwurf des Haushalts 2006 eine Absenkung der Nettoausgaben um 0,1 % erreicht.

1.2 Maßnahmen

Die schrittweise Umsetzung dieser Ziele ist in der mittelfristigen Finanzplanung bereits zum Teil zu erkennen.

- Erste Sofortmaßnahmen zur Eindämmung der Ausgaben wurden bereits im Haushaltsjahr 2005 ergriffen.
 - Ab Mitte Mai wurden alle nicht investiven Zuwendungen, eigene Investitionen und Investitionsförderungen sowie sonstige freiwillige Ausgaben des Landes gesperrt.
 - Weitere gezielte Sperren galten in den Bereichen, in denen die bislang veranschlagten globalen Minderausgaben noch nicht konkretisiert werden konnten.
 - Für den gesamten Beamtenbereich der Landesverwaltung wurde zudem ein Beförderungsstopp zunächst bis zum 30.11.2005 verfügt.

Angesichts der Versteinerung des Haushalts und des fortgeschrittenen Standes des Haushaltsvollzuges waren hierdurch aber nur Einsparungen in begrenzter Höhe erzielbar. Mit dem Nachtragshaushaltsentwurf 2005 wurden die mit der Sperre beabsichtigten Einsparungen

konkretisiert und die Sperre mit Ausnahme des Beförderungstopps daraufhin aufgehoben. Die globalen Minderausgaben sind bis auf unvermeidbare Restbeträge aufgelöst worden.

Im Haushalt 2006 ist es mit Ausnahme einer nur zur Verbesserung des Haushaltsvollzuges im Einzelplan 06 veranschlagten globalen Minderausgabe gelungen, auf die Veranschlagung globaler Minderausgaben zu verzichten. Da die weiteren Konsolidierungsbemühungen erst anlaufen und in ihrer Wirkung für den Finanzplanungszeitraum noch nicht spezifiziert werden können, müssen für die Finanzplanungsjahre globale Minderausgaben zwischen rd. 120 Mio. € in 2007 bis 500 Mio. € in 2009 veranschlagt werden; die im Rahmen der Haushaltsaufstellung näher konkretisiert werden. Eine Reihe von Konsolidierungsmaßnahmen, die ihre Wirkung teilweise erst im Finanzplanungszeitraum entfalten können, wurde bereits eingeleitet, andere befinden sich in der Planung. Ziel ist es, die globalen Minderausgaben auch in künftigen Haushaltsjahren zu vermeiden und die beabsichtigten Einsparungen konkret zu veranschlagen.

Folgende Maßnahmen und Konzepte sollen die Haushaltskonsolidierung unterstützen:

- Ab 1. August 2006 wird die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf 41 Stunden pro Woche verlängert.
- Zum gleichen Zeitpunkt erhöht sich die Unterrichtsverpflichtung für die beamteten Lehrerinnen und Lehrer mit Ausnahme der Hauptschullehrkräfte um eine halbe Unterrichtsstunde pro Woche. Dadurch wird ein Äquivalent von 300 Stellen für die Unterrichtsversorgung gewonnen.
- Die Landesregierung hat sich auf ein Personalkosteneinsparkonzept verständigt (vgl. Ziffer VI. Nr. 1).
- Verwaltungsreformen und Verwaltungsmodernisierung
Der Prozess der Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung ist eingeleitet und wird mit einem Maßnahmenpaket zum Jahresende 2005 operativ konkretisiert und im Laufe des Jahres 2006 umgesetzt. In dem Prozess erfolgen Aufgabenabbau, Aufgabenverlagerung und eine konsequente Verwaltungsstrukturreform (vgl. Nr. 2).

- Mehr Arbeitsteilung wird im Rahmen einer verstärkten Norddeutschen Zusammenarbeit angestrebt, konkrete Prüfung beispielsweise bei den Aufgaben des Landeslabors und im Bereich der Kriminaltechnik.
- Initiativwerden des Landes auf Bundesebene zum Zwecke haushaltsentlastender Maßnahmen.
- Regelungen des Bundes und der EU werden künftig grundsätzlich abgelehnt, wenn sie zu finanziellen Belastungen des Landes führen.

1.3 Verstärkung der Investitionstätigkeit

Das Fehlen eines stetigen und ausreichend hohen wirtschaftlichen Wachstums und die hohe und andauernde Arbeitslosigkeit ist das größte ökonomische und gesellschaftspolitische Problem Deutschlands und Schleswig-Holsteins. Die Verbesserung der Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein haben für die Landesregierung daher höchste Priorität.

Mit einer Sicherung der Investitionen sowie der Einrichtung eines Schleswig-Holstein-Fonds sollen Impulse für weitere Investitionen von Kommunen und der privaten Wirtschaft zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein initiiert werden. Mit dem SH Fonds wird mittels Zinsverbilligungen und Bürgschaften ein Darlehensvolumen bis zu einem Umfang von fast 400 Mio. € (genau 389 Mio. €) ermöglicht. Damit wird das durch das Land initiierte Investitionsvolumen deutlich erhöht.

Die Schwerpunkte der Investitionsmaßnahmen liegen in den Bereichen:

- Ausbau der Verkehrsinfrastruktur,
- Innovation, Technologie und Wissenschaft wie in den Bereichen Biowissenschaften und Medizintechnik,
- Schul- und Hochschulbildung u.a. mit dem Ausbau von Ganztagsangeboten und der Verbesserung der Studienbedingungen an Hochschulen,
- Verstärkung der Mittelstands- und Tourismusförderung,
- Verstärkte Nutzung von EU- und Bundesmitteln zum Ausbau von Infrastruktur,
- Maßnahmen zur Unterstützung von Beschäftigungsmöglichkeiten älterer Arbeitnehmer oder Integration benachteiligter Jugendlicher und junger Erwachsener,
- Förderung von Energiewirtschaft und –technologie,

- Umstellung des analogen Polizeifunks auf einen einheitlichen Digitalfunk für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben,
- Erneuerung der Boote der Wasserschutzpolizei,
- Zukunftsinvestitionsprogramme und Konversionsprogramme.

1.4 Gesamtwirtschaftliche Reformen

Konsolidierungsmaßnahmen allein können die Probleme des Landeshaushalts nicht lösen. Daneben sind weitere Anstrengungen zur Behebung der Probleme in der Arbeitsmarktpolitik, der Steuerpolitik und der Aufgaben und Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme erforderlich. Insgesamt muss es durch Bundesgesetzgebung zu einer Öffnung des Arbeitsmarktes und einer verlässlichen Steuerpolitik kommen, um wirtschaftliche Dynamik zu befördern und über eine konjunkturelle Verbesserung wieder ein stetiges und angemessenes wirtschaftliches Wachstum, höhere Beschäftigung und in der Folge Steuermehreinnahmen sowie eine Entlastung bei den Sozialausgaben zu erreichen. Die Landesregierung wird entsprechende Initiativen im Bundesrat ebenso unterstützen wie selbst ergreifen.

2. Wirtschaft und Arbeit

2.1 Schleswig-Holstein Fonds (SH-Fonds)

Die hohe und andauernde Arbeitslosigkeit ist das größte ökonomische und gesellschaftspolitische Problem Deutschlands und Schleswig-Holsteins. Die Verbesserung der Bedingungen für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein hat für die Landesregierung höchste Priorität.

Mit einem Schleswig-Holstein Fonds sollen die Schwerpunktbereiche Wachstum und Beschäftigung sowie Bildung und Forschung gestärkt werden. Im Nachtragsentwurf 2005 werden dafür bereits 35 Mio. €, im Haushaltsentwurf 2006 80 Mio. € eingeworben; in den Folgejahren werden jeweils 100 Mio. € angestrebt.

Diese Landesmittel verteilen sich auf Leuchtturmprojekte in diesen Schwerpunktbereichen, auf die Verstärkung der Mittelstands- und Tourismusförderung, auf den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, auf Innovation, Technologie und Wissenschaft, auf Schul- und Hochschulbildung, auf Beschäftigung, auf Wohnungsbau, Städtebau, Denkmalpflege, auf die verstärkte Nutzung von EU- und Bundesmitteln zum Ausbau der Infrastruktur, auf die Förderung

von Energiewirtschaft und –technologie und sonstige Landesmaßnahmen. Hinzu kommen Zinszuschüsse des Landes im Rahmen des Kommunalen Investitionsfonds (KIF) und Zinszuschüsse des Landes zu Darlehen der Investitionsbank.

Über die gesamte Laufzeit 2005 bis 2009 ergibt sich folgende Verteilung der Landesmittel:

Bereich	Gesamtlaufzeit 2005 - 2009	
	in T Euro	in %
Leuchtturmprojekte	45.400	10,9
Verstärkung der Mittelstands- und Tourismusförderung	20.310	4,9
Ausbau der Verkehrsinfrastruktur	153.080	36,9
Innovation, Technologie und Wissenschaft	54.100	13,0
Schul- und Hochschulbildung	25.600	6,2
Beschäftigung	23.990	5,8
Wohnungsbau, Städtebau, Denkmalpflege	5.000	1,2
verstärkte Nutzung von EU- und Bundesmitteln zum Ausbau der Infrastruktur	50.520	12,2
Förderung von Energiewirtschaft und –technologie	18.000	4,3
Zinszuschüsse des Landes im Rahmen des Kommunalen Investitionsfonds KIF	8.700	2,1
Zinszuschüsse des Landes zu Darlehen der Investitionsbank	6.000	1,4
Externe Unterstützung im Zusammenhang mit der Umsetzung des Schleswig-Holstein Fonds	4.300	1,0
Insgesamt	415.000	100,0

Mit diesen Mitteln und den auszureichenden Darlehen soll ein Investitionsvolumen von insgesamt mehr als 1,7 Milliarden Euro in Schleswig-Holstein zugunsten der Schwerpunktbereiche Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Forschung und Bildung ausgelöst werden.

2.2 Wirtschaftsförderung

Die gewerbliche Wirtschaft Schleswig-Holsteins ist in überdurchschnittlichem Maße mittelständisch strukturiert. Die angespannte Haushaltslage sowie der wachsende Standortwettbewerb unter den Wirtschaftsregionen Europas erfordern eine Steigerung der Effizienz der Wirtschaftsförderung und den Abbau von Subventionen. Dieses Ziel soll schwerpunktmäßig durch eine Rückführung der direkten einzelbetrieblichen Förderung zugunsten eines Ausbaus der wirtschaftsnahen Infrastrukturförderung erreicht werden. Dabei kommt der Technologie-Infrastruktur eine verstärkte Bedeutung zu.

2.2.1 Wettbewerbshilfen für schleswig-holsteinische Werften

Zum Ausgleich der durch die Subventionspraxis anderer Staaten hervorgerufenen Wettbewerbsverzerrungen werden deutschen Werften für den Bau technologisch hochwertiger Schiffe im Rahmen von Bund-/Länderprogrammen Wettbewerbshilfen gewährt. Insgesamt sind für den Planungszeitraum im Epl. 06 Landesmittel in Höhe von 27,6 Mio. € sowie im SH-Fonds Landesmittel in Höhe von 4,1 Mio. € vorgesehen.

2.2.2 Berufliche Aufstiegsfortbildung

Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) gewährt Fachkräften, die sich nach einer abgeschlossenen beruflichen Erstausbildung auf eine herausgehobene Berufstätigkeit vorbereiten, einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung.

Durch Änderung des Gesetzes wurde dieser Anspruch ab dem Jahr 2002 erheblich ausgeweitet.

Für Schuldendiensthilfen und Zuwendungen sind insgesamt 23,1 Mio. € eingeplant. Davon werden vom Bund 16,1 Mio. € erstattet.

2.2.3 Aus- und Weiterbildung

Die Ausbildung des Nachwuchses und die Weiterbildung der Beschäftigten sind wichtige Standortvorteile. Schwerpunktmäßig sind Mittel für die Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung, die träger- und einrichtungsübergreifenden Weiterbildungsaufgaben (Weiterbildungsinfrastruktur), die Förderung der Ausbildungsbereitschaft im dualen System und benachteiligter Jugendlicher sowie für die Investitionsförderung von Berufsbildungsstätten vorgesehen.

Im Berichtszeitraum sind insgesamt 24,2 Mio. € im Epl. 06 sowie 7,0 Mio. € für das Aktionsprogramm Ausbildung und 6,2 Mio. € für das Modernisierungsprogramm für Einrichtungen der Weiterbildung im SH – Fonds eingeplant.

Die Förderung erfolgt seit dem Jahr 2000 teilweise im Rahmen des Programms „ASH 2000“.

2.2.4 Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH

Das Land Schleswig-Holstein ist mit 51 % des Stammkapitals Mehrheitsgesellschafter der WTSH, die drei Industrie- und Handelskammern halten insgesamt 40 % des Stammkapitals, die wichtigsten Hochschulen des Landes (ohne CAU) über eine Hochschul-GbR 9 %.

Das Land trägt in Form einer institutionellen Förderung nach § 44 LHO im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel 85 % der zuwendungsfähigen Aufwendungen, die verbleibenden 15 % werden durch die Industrie- und Handelskammern dargestellt. Für den Planungszeitraum sind Landesmittel in Höhe von 12,4 Mio. € vorgesehen.

2.2.5 Verbesserung der Innovationskraft der Wirtschaft

Die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit erfordert einen ständigen Innovationsprozess in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Dazu bedarf es insbesondere einer stärker auf die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Unternehmen ausgerichteten Arbeit der Forschungseinrichtungen und einer beschleunigten Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in marktfähige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen.

Weiterhin zwingt der zunehmende weltweite Wettbewerbsdruck die Unternehmen dazu, ständig neues wissenschaftlich-technisches Wissen zu gewinnen und in immer kürzerer Zeit in innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umzusetzen. Das ist jedoch mit erheblichen technischen und damit auch finanziellen Risiken verbunden. Viele kleine und mittlere Unternehmen können diese kostenintensive Forschung und Entwicklung gar nicht oder nur zeitverzögert finanzieren. Daher ist in Einzelfällen die Gewährung öffentlicher Zuschüsse geboten.

Für die Förderung von Forschung, Entwicklung, Innovation und Technologietransfer stehen im Planungszeitraum insgesamt 21,6 Mio. € im Epl. 06 sowie 4,5 Mio. € im SH – Fonds zur Verfügung.

2.2.6 Informationswirtschaft und Multimedia

Die Anwendung multimedialer Techniken ist insbesondere bei den KMU noch nicht hinreichend eingeführt und verbreitet. Ein Ziel der Förderung ist es daher, den Nutzen der neuen Medien pilothaft zu demonstrieren, ihre breitere Anwendung zu unterstützen und die Wettbewerbsfähigkeit der KMU zu verbessern, z. B. durch die Förderung virtueller Unternehmen. Die Förderung erfolgt in erster Linie auf der Grundlage der „Leitlinien für die innovativen Maßnahmen des EFRE im Zeitraum 2000 bis 2006“.

Eingeplant sind für 2005 bis 2009 insgesamt 5,0 Mio. €.

2.2.7 Existenzgründungsprogramme

Die Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen und der Anpassungsdruck aus einem wirtschaftlich-technischen Strukturwandel, der globalen Einflüssen unterliegt, haben weit reichende negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Zahl der Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein. Vor diesem Hintergrund ist gerade das Nachwachsen junger Unternehmen, also die Gründung neuer selbständiger Existenzen, eine wichtige Voraussetzung für die Modernisierung und Weiterentwicklung der Volkswirtschaft.

Um den besonderen Anforderungen von Existenzgründerinnen und Existenzgründern gerecht zu werden, sind im Planungszeitraum zur Abfederung von Ausfallrisiken aus Darlehenszusagen der Investitionsbank Schleswig-Holstein und für Verwaltungskosten Mittel von rd. 2,8 Mio. € eingeplant. Für 2006 kann die Investitionsbank damit ein Darlehensvolumen von bis zu 2,5 Mio. € auslegen.

Das Programm wird mit bestehenden Bundesprogrammen und Programmen der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie der Deutschen Ausgleichsbank verzahnt.

2.3 „Ziel: Zukunft im eigenen Lande“

Das Programm „Ziel“ steht auf drei Säulen:

„Regionalprogramm 2000“

Unter dem Dach des Regionalprogramm 2000 werden die Fördermittel der EU (EFRE/Ziel-2), der Gemeinschaftsaufgabe(GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und ergänzende Landesmittel gebündelt. Ziel des *Regionalprogramm 2000* ist die Unterstützung des Strukturwandels durch die Stimulierung von Innovation, Wachstum und Beschäftigung in den strukturschwachen Regionen Schleswig-Holsteins. Dieses Ziel soll erreicht werden vor allem durch den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur, durch Maßnahmen zur Stärkung des technologischen Potenzials und der Innovationskraft der Unternehmen, durch Maßnahmen zur Unterstützung von Existenzgründungen und durch die Verbesserung der allgemeinen Standortbedingungen.

In den Auswahl- und Fördergrundsätzen (AFG-RP 2000) wurden 12 Maßnahmenbereiche festgelegt. Diese korrespondieren mit dem EPPD für die EFRE/Ziel-2-Förderung in SH. Im Kern handelt es sich dabei um die GA-Förderbereiche, ergänzt um Fördermöglichkeiten auch für „weiche“ (z.B. kulturelle) Infrastrukturprojekte, soweit mit ihnen wesentliche wirtschaftliche Effekte erzielt werden können.

In den Jahren 2005-2009 werden vorrangig zur Kofinanzierung der EU-Strukturfondsmittel des EFRE nach dem Ziel 2 und der Phasing-Out-Förderung für das ehemalige Ziel 5 b-Fördergebiet insgesamt 12,1 Mio. € an Landesmitteln bereitgestellt, und zwar

	<u>Mio. €</u>
2005	1,9
2006	6,6
2007	1,9
2008	1,7
2009	0,0

Von der EU werden im Zeitraum 2000 bis 2006 Einnahmen in Höhe von 269,6 Mio. € (EFRE) erwartet.

Programm „Zukunft auf dem Land“

„Zukunft auf dem Land - ZAL“ ist das schleswig-holsteinische Programm im Rahmen der zweiten Säule der europäischen Agrarpolitik. Es zielt darauf ab, die endogenen Entwicklungspotenziale der ländlichen Räume zu fördern und zu entwickeln.

Die Schwerpunktbereiche des von der EU-Kommission genehmigten Programms sind:

- Unterstützung der selbst bestimmten Entwicklung ländlicher Räume (z.B. im Rahmen Ländlicher Struktur- und Entwicklungsanalysen - LSE),
- Innovative, möglichst privatwirtschaftlich orientierte Projekte zur Sicherung und Verbesserung der Grundversorgung und des Dienstleistungsangebotes, Nutzung neuer informationstechnischer Möglichkeiten im ländlichen Raum.
- Schaffung neuer Arbeitsplätze im ländlichen Raum, insbesondere für Frauen.
- Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe in landwirtschaftsnahe und außerlandwirtschaftliche Geschäftsfelder,
- Sicherung einer nachhaltigen und standortgerechten Landbewirtschaftung, Förderung des ökologischen Landbaus,
- Förderung von Investitionen in der Land- und Ernährungswirtschaft,
- Sicherung des Naturhaushaltes und Erhaltung einer vielfältigen Landschaft.

„ASH 2000“

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat höchste Priorität für die Landesregierung. Deshalb wird die aktive Arbeitsmarktpolitik fortgesetzt.

Durch das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ (ASH I) (Laufzeit 1. April 1989 bis 31. Dezember 1991) sind mit rd. 113,5 Mio. € einschließlich der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) 31.400 Förderfälle erreicht worden. Das Programm ASH II schloss sich nahtlos an und lief bis zum 31. Dezember 1994. Mit diesem Programm wurden 24.500 Förderfälle mit einem Gesamtvolumen von 64,9 Mio. € einschließlich ESF und Mittel aus der Ausgleichsabgabe für das Schwerbehindertenprogramm erreicht. Das Programm ASH III schloss sich wiederum an ASH II nahtlos ab 1. Januar 1995 an und lief wegen der längeren Planungszeiträume bei der Europäischen Union bis zum 31. Dezember 1999 mit zwei sich anschließenden Auslaufjahren. Am Ende werden mit voraussichtlich 157,0 Mio. € Landes-, Ausgleichsabgabe- und ESF-Mitteln rd. 50.400 Förderfälle erreicht werden.

Seit dem 1. Januar 2000 hat sich EU-konform bis zum 31. Dezember 2006 im Rahmen des Programms „Zukunftsinitiative Ziel“ als eine der drei Säulen „ASH 2000“ angeschlossen.

An Landesmitteln sind für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im mittelfristigen Zeitraum veranschlagt:

		<u>Mio. €</u>
Haushalt	2005	6,1
Haushaltsentwurf	2006	8,9
Planung	2007	5,9
Planung	2008	3,6
Planung	2009	0,0

Diese Mittel werden durch Mittel des Europäischen Sozialfonds ergänzt, so dass sich die Haushaltsmittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit noch erhöhen. Die Anteile des ESF haben sich gegenüber früheren Jahren erheblich erhöht, weil das Land alle nur denkbaren Möglichkeiten der Kofinanzierung des Arbeitsmarktprogramms der Landesregierung durch den ESF gesichert hat. Zu den Landesmitteln kommen ESF-Mittel (2005: 20,5 Mio. €, 2006: 27,2 Mio. €, 2007: 25,2 Mio. €, 2008: 18,3 Mio. €, 2009: 8,5 Mio. €) hinzu. Wegen der neu in der EU geltenden Beschäftigungspolitik müssen die Förderkonditionen noch mehr als bisher auf die Voraussetzungen der Förderung durch die Europäische Union abgestellt werden.

Die hier genannten Daten berücksichtigen die Förderperiode 2000 bis 2006. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird auch in der Förderperiode 2007 bis 2013 höchste Priorität haben, das Gesamtvolumen hierfür steht noch nicht fest.

2.4 Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (Kap. 0603)

Es sind vorgesehen:

- verstärkte Förderung für den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur im Rahmen des "Regionalprogramm 2000"
- Förderung der gewerblichen Wirtschaft bei Errichtung, Erweiterung, Umstellung oder grundlegender Rationalisierung von Gewerbebetrieben mit dem Schwerpunkt der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Ab 2005 sind folgende Beträge vorgesehen (Bundes- und Landesmittel jeweils 50 v.H.):

		<u>Mio. €</u>
2005	=	24,7
2006	=	20,2
2007	=	21,3
2008	=	22,8
2009	=	21,3

Eine Verstärkung/Vernetzung mit dem EU-Strukturfonds "EFRE Ziel 2" ist vorgesehen.

3. Bildung

3.1 Hochschulen

Die Hochschulen erhalten auch in den Jahren 2006 ff. weitgehend globalisierte Haushalte. Die einzelnen Hochschulen des Landes sind ab dem Haushaltsjahr 2006 im Kapitel 0620 - MG 06 nur mit jeweils einem Zuschusstitel für den Betrieb und die Investitionen veranschlagt. Die Bewirtschaftung durch die Hochschulen erfolgt ab 2006 außerhalb des Landeshaushaltes.

Zuschuss Nachtragsentwurf	2005: 233.551,6 T€
Zuschuss Haushaltsentwurf	2006: 236.418,6 T€
Zuschuss in MFP	2007: 235.418,0 T€
Zuschuss in MFP	2008: 235.419,0 T€
Zuschuss in MFP	2009: 235.419,0 T€

Zum Abschluss eines Hochschulvertrages auf der Grundlage der Empfehlungen der sog. Erichsen-Kommission sind Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen sowie für die Einrichtung eines Innovationsfonds veranschlagt bzw. eingeplant (Kapitel 0620 – TG 75 und TG 85).

Baumaßnahmen im Hochschulbereich (Gemeinschaftsaufgabe „Hochschulbau“)

Im Rahmen eines mittelfristigen Konzepts sind Ausgabeansätze einschließlich des Leasinganteiles der Universitätsbibliothek von 61,4 Mio. € (2005), 55,0 Mio. € (2006), 61,4 Mio. € (2007), 61,4 Mio. € (2008) und 61,4 Mio. € (2009) vorgesehen. Mit diesem Konzept sind Grundlagen für die Finanzplanung und die Bauplanungen im Hochschulbereich geschaffen.

Im Rahmen des Plafonds der GA werden die laufenden Bauvorhaben fortgesetzt und dringend benötigte Neubauvorhaben in wirtschaftlichen Zeiträumen ausfinanziert werden können.

Als Beispiele größerer, laufender und neuer Vorhaben in 2005 sind zu nennen

- Neubau der Anorganischen Chemie der CAU Kiel
(Gesamtkosten einschl. Ersteinrichtung 10,8 Mio. €)
- Neubau der Neurowissenschaften und der Orthopädie auf dem Zentralgelände des Universitätsklinikums S-H, Campus Lübeck
(Gesamtkosten einschl. Ersteinrichtung 36,9 Mio. €)
- Grundinstandsetzung im Institut für Organische Chemie der CAU Kiel
(Gesamtkosten einschl. Ersteinrichtung 7,2 Mio. €)
- Klinik für Diagnostische Radiologie, Ersatzbeschaffung von röntgendiagnostischen Geräten im Neurozentrum des Universitätsklinikums S-H, Campus Kiel
(Gesamtkosten einschl. Ersteinrichtung 4,9 Mio. €)
- Sanierung eines Seminargebäudes der FH Lübeck
(Gesamtkosten einschl. Ersteinrichtung 4,2 Mio. €)
- Herrichtung der alten Universitätsbibliothek am Westring
(Gesamtkosten einschl. Ersteinrichtung 4,0 Mio. €)
- Erneuerung der vorklinischen Ausbildungsplätze in der Klinik für zahnärztliche Prothetik, Propädeutik und Werkstoffkunde einschl. brandschutztechnische Maßnahmen am Universitätsklinikum S-H, Campus Kiel
(Gesamtkosten einschl. Ersteinrichtung 4,1 Mio. €)
- Klinik für Diagnostische Radiologie, Ersatzbeschaffung von röntgendiagnostischen Geräten einschl. Umbaumaßnahmen in der I. Med. Klinik am Universitätsklinikum S-H, Campus Kiel
(Gesamtkosten einschl. Ersteinrichtung 5,4 Mio. €)

Für 2006 sind beispielhaft nachfolgende bedeutende Maßnahmen eingeplant:

- Erweiterungsbau für die Mensa Lübeck
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 3,1 Mio. €)
- Neubau eines Hörsaalzentrums für die UL und die FH Lübeck
(Gesamtkosten einschl. Ersteinrichtung 8,8 Mio. €)
- Institut für Radiologie – Bereich Radiologie – Beschaffung von röntgendiagnostischen Geräten am Universitätsklinikum S-H, Campus Lübeck
(Gesamtkosten einschl. Ersteinrichtung 4,3 Mio. €)
- Institut für Radiologie – Bereich Neuroradiologie – Beschaffung von röntgendiagnostischen Geräten einschl. Umbaumaßnahmen am Universitätsklinikum S-H, Campus Lübeck
(Gesamtkosten einschl. Ersteinrichtung 4,9 Mio. €)
- Beschaffung einer PACS Gerätekonfiguration am Universitätsklinikum S-H
(Gesamtkosten einschl. Ersteinrichtung 5,0 Mio. €)
- Neubau eines zentralen OP-Bereiches am Universitätsklinikum S-H, Campus Kiel
(Gesamtkosten einschl. Ersteinrichtung 20,4 Mio. €)
- FH Lübeck – Um- und Erweiterungsbau Institut für angewandte Bauforschung
(Gesamtkosten einschl. Ersteinrichtung 2,0 Mio. €)
- FH Wedel – Erweiterungsbau
(Gesamtkosten einschl. Ersteinrichtung 4,2 Mio. €)

3.2. Schulen

Um den noch bis zum Schuljahr 2009/2010 wachsenden Lehrerberuf zu decken, werden in den Haushalten von 2006 bis 2009 insgesamt 700 zusätzliche Lehrerstellen mit einem Finanzierungsvolumen von 34,8 Mio. € geschaffen.

Davon stehen insgesamt 200 Stellen in den Jahren 2006 und 2007 für die Einführung des Englischunterrichtes ab der dritten Grundschulklasse zur Verfügung. Weitere 225 der neuen Stellen dienen dem Ausbau der „Verlässlichen Grundschule“ und der Unterrichtsgarantie laut Stundentafel an den Grundschulen. Darüber hinaus wird ab 2006 mit je 40 Stellen jährlich aufwachsend ein Förderfonds zur Unterstützung von Konzepten zur Vermeidung des Sitzen Bleibens und von Rückstufungen sowie zu neuen Formen längeren gemeinsamen Lernens in der Gemeinschaftsschule finanziert.

Das Lehrpersonalkostenbudget entwickelt sich wie folgt:

Ausgabenvolumen

Haushaltssoll	2005: 1.116.539,2 T€
Haushaltsentwurf	2006: 1.124.759,2 T€
MFP	2007: 1.129.915 T€
MFP	2008: 1.135.300 T€
MFP	2009: 1.146.262 T€

Der Ausbau von Ganztags- und Betreuungsangeboten an Schulen wird bis 2009 mit insgesamt 23,3 Mio. € gefördert, die Qualitätssicherung mit 500.000 Euro im MFP-Zeitraum weiter entwickelt. Der Vertretungsfonds zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall wird mit jährlich 12,1 Mio. € fortgeführt.

Mit der zwischen dem Bund und den Ländern geschlossenen Verwaltungsvereinbarung zum Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ liegen die Rahmenbedingungen für Finanzhilfen für Investitionen zum Aufbau neuer Ganztagschulen, zur Weiterentwicklung bestehender Schulen zu Ganztagschulen, zur Schaffung zusätzlicher Ganztagsplätze an bestehenden Ganztagschulen und zur qualitativen Weiterentwicklung bestehender Ganztagschulen vor. Schleswig-Holstein wird bis 2007 Finanzhilfen im Umfang von rd. 135 Mio. € erhalten.

3.3 Kindertagesstätten

Das Land gewährt den Trägern von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen Zuschüsse zu den Kosten des pädagogischen Personals, die ab 2004 über den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt sind im Finanzplanungszeitraum 300,0 Mio. € eingeplant.

Für die vorschulische Sprachförderung werden im Finanzplanungszeitraum insgesamt 21,0 Mio. € veranschlagt.

4. Verwaltungsstrukturreform

Im Finanzplanungszeitraum wird die Landesregierung umfassende Schritte zur Entbürokratisierung und Modernisierung der Verwaltung umsetzen. Ziel ist es, die gesamte Verwaltung im Land effizienter und kostengünstiger zu gestalten.

Bis zum Jahresende 2005 wird die Projektgruppe „Verwaltungsmodernisierung und Deregulierung“ des Finanzministeriums in Zusammenarbeit mit den einzelnen Ministerien Vorschläge machen, welche Aufgaben an Kreise und kreisfreie Städte, kreisangehörige Kommunen und hier vor allem in die Selbstverwaltung abgegeben werden, oder aber welche Dienste völlig entfallen können.

Die verbleibenden Landesaufgaben sollen in weiteren Schritten auch durch den Einsatz von Informationstechnologie vereinfacht und beschleunigt werden. Außerdem prüft die Projektgruppe, wo die Einführung moderner Steuerungsinstrumente wie Controlling oder Benchmarking sinnvoll ist.

Die Projektgruppe „Verwaltungsstrukturreform und Funktionalreform“ unter Leitung des Innenministeriums übernimmt den Part Neuorganisation der Verwaltung. In enger Abstimmung mit den Kreisen und kreisfreien Städten sowie den Kommunen wird die Arbeitsgruppe neue Verwaltungsstrukturen entwerfen, in denen die neu verteilten Aufgaben von Land, Kreisen und kreisfreien Städten sowie Kommunen effizient erfüllt werden können. Die Landesregierung hat hierzu „Leitlinien zur künftigen kommunalen Struktur“ beschlossen. Sie sind Richtschnur für Gespräche mit allen Kreisen und kreisfreien Städten. Im Mittelpunkt der Reform stehen die Einrichtung kreisübergreifender Dienstleistungszentren und die Zusammenlegung der Verwaltungen von Ämtern und amtsfreien Gemeinden. Die Dienstleistungszentren sollen soweit wie möglich Aufgaben übernehmen, die zurzeit noch von Landesbehörden, z. B. den staatlichen Umweltämtern, den Ämtern für ländliche Räume, den Katasterämtern, dem Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit oder dem Landesamt für Natur und Umwelt wahrgenommen werden. Das Innenministerium beabsichtigt, im ersten Quartal des Jahres 2006 einen mit den Kreisen und kreisfreien Städten abgestimmten Vorschlag über die Bildung der Dienstleistungszentren zu erreichen. Bis Ende 2006 sollen die Ämter und amtsfreien Gemeinden eigene Vorschläge für Zusammenschlüsse ihrer Verwaltungen machen. Es ist vorgesehen, dass eine gesetzliche Regelung zur Neuordnung der kommunalen Struktur im kreisangehörigen Bereich im April 2007 in Kraft treten wird.

Der Prozess der Verwaltungsmodernisierung trägt damit nachhaltig zur Haushaltskonsolidierung bei, in dem durch konsequente Streichung und Verlagerung von Aufgaben die Realisierung des vorgelegten Personaleinsparungskonzeptes unterstützt wird. Die Verwaltungsmodernisierung wird damit mittelfristig zu weiteren strukturellen Verbesserungen im Haushalt beitragen, u. a. durch den Abbau von verzichtbaren Landesaufgaben, die Verlagerung von Aufgaben aus der Landesverwaltung auf die kommunale Ebene, die Modernisierung der Verwaltungsstrukturen, die Entwicklung von Public-Private-Partnership-Modellen (PPP) sowie ein modernes Controlling für Förderprogramme des Landes.

5. Innere Sicherheit

5.1 Polizei

Für die innere Sicherheit werden von 2005 bis 2009 für Personal, sächliche Verwaltungsausgaben und Investitionen (ohne Baumaßnahmen) im Bereich der Polizei rd. 1,9 Mrd. € ausgegeben werden. Hiervon entfallen auf Personalausgaben rd. 1,4 Mrd. €. Für die Beschaffung neuer Polizeidienstfahrzeuge (Leasing und Kauf) sind Ausgaben in Höhe von zusammen rd. 19,5 Mio. € vorgesehen. 180 Nachwuchskräfte sollen 2006 in den Polizeidienst eingestellt werden. Für die Beschaffung neuer Boote für die Wasserschutzpolizei werden 2005 bis 2009 25,5 Mio. € veranschlagt. Der Aufbau und Betrieb eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems ist i. H. v. 75,1 Mio. € (davon 57,9 Mio. € Investitionen) finanziell sichergestellt.

5.2 Justiz

Die Modernisierung und Automatisierung von Geschäftsprozessen der Justiz wird fortgesetzt (vgl. hierzu 6. Informations- und Kommunikationstechnologien für E-Government).

6. Informations- und Kommunikationstechnologien für E-Government

E-Government definiert sich wie folgt: „Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Regieren und Verwalten (Government) mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien“.

Die Ausgaben des E-Government sind im Kapitel 1103 zentral veranschlagt. Das Budget für 2006 beträgt 105,0 Mio. € (Ausgaben). Im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren erhöht die Landesregierung diese Mittel um ca. 16% und unterstreicht damit die besondere Bedeutung des E-Government in Schleswig-Holstein.

Die Landesregierung ist bestrebt, moderne E-Government-Strukturen und –prozesse zu entwickeln und zu implementieren. Die dabei entstehenden technischen und organisatorischen Strukturen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IT) der Landesverwaltung sollen auch von anderen Trägern der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein insbesondere den Kommunen genutzt werden.

6.1 Landesnetz SH

Die Basis der Entwicklungen im E-Government ist das Landesnetz Schleswig-Holstein. In den Haushaltsjahren 2004 und 2005 werden für den Betrieb, die Weiterentwicklung und die Administration dieses integrierten Sprach- und Datennetzes pro Haushaltsjahr rd. 27,2 Mio. € bereitgestellt. In den Jahren 2006 bis 2009 sind für das Landesnetz jährlich rd. 31,0 Mio. € veranschlagt. Hierin enthalten ist auch der künftige Anschluss der Schulverwaltungen (ca. 1000 Dienststellen) ans Landesnetz.

Ziel ist es, das Landesnetz SH durch den Einsatz von IP-Telefonie innerhalb der nächsten 3 Jahre zu einem hochflexiblen Universalnetz der öffentlichen Verwaltungen in Schleswig-Holstein auszubauen. Nach Fertigstellung des Landesnetzes SH ist durch die dann mögliche Umstrukturierung der Telekommunikationsanlagen mit deutlichen Kostensenkungen zu rechnen.

6.2 E-Government-Plattform

Ein weiterer wesentlicher Baustein des E-Government ist der Aufbau und der Betrieb einer E-Government-Plattform. In Zusammenarbeit mit der Freien und Hansestadt Hamburg wird mit Nachdruck an den technischen und prozessualen Infrastrukturen gearbeitet. Durch den Einsatz einer gemeinsamen E-Government-Plattform können künftig länderübergreifende IT-Verfahren wie z. B. das automatisierte Meldewesen (Fachverfahren des IM) wirtschaftlicher betrieben werden. 2004 und 2005 werden für diese Entwicklungen rd. 5,4 Mio. € bereitgestellt. Ab 2006 bis 2009 sind für die Entwicklung, den Betrieb und die Fortentwicklung von E-Government-Infrastrukturen durchschnittlich rd. 8,0 Mio. € veranschlagt.

6.3 Wichtige Entwicklungen der Ressorts im E-Government

Im **Innenministerium (IM)** sind neben der Automatisierung des Meldewesens besonders die Kooperationsmaßnahmen der Vermessungs- und Katasterverwaltung mit der Freien und Hansestadt Hamburg zum Geo-Management (z. B. Geoserver, Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung, ATKIS – Digitales Landschaftsmodell/Modell und Kartographische Generalisierung pp.) und die Kooperationsmaßnahmen der Landespolizei Schleswig-Holstein bei der Entwicklung von polizeilichen Fachanwendungen z. B. mit dem INPOL-POLAS-Competence-Center der Länder und dem Bundesgrenzschutz (@rtus-Entwicklung, @rtus/INPOL/EDDI-Betrieb – Vorgangsbearbeitung der Polizei, MERLIN – Ermittlungsunterstützende Software pp.) hervorzuheben. Für den Betrieb und die Fortentwicklung dieser Fachverfahren sind in 2006 rd.

13,9 Mio. € veranschlagt. Mittelfristig werden bis 2009 weitere rd. 35,0 Mio. € benötigt.

Die Entwicklungen im Bereich des **Finanzministeriums (FM)** sind geprägt, durch die Neustrukturierung der Steuerverwaltung und dem Beitritt zum EOSS-Verbund (Evolutionär Orientierte Steuer Software - Bayern, Saarland und die neuen Länder). Die Beteiligung am EOSS-Verbund erfolgt im Gleichklang mit den Ländern Hamburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern. Im Vorfeld der anstehenden Entwicklungen fusionieren die Rechenzentren dieser norddeutschen Länder unter dem Dach von Dataport zu einem „Datacenter Steuer“. Für die Neustrukturierung und den Betrieb sowie die Fortentwicklung der steuerlichen Fachverfahren (z. B. Einführung EOSS, Entwicklung und Betrieb KONSENS, technische Anpassungen an den Landesstandard IKO III pp.) sind in 2006 rd. 7,0 Mio. € eingeplant. Mittelfristig sind bis 2009 rd. 14,1 Mio. € veranschlagt.

Hervorzuheben ist darüber hinaus das bundeseinheitliche Projekt ELSTER, das den Bürgern die Abgabe von Steuererklärungen und –anmeldungen über das Internet ermöglicht. Für ELSTER sind im Haushalt 2006 ca. 380 T€ vorgesehen.

Das **Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa (MJAE)** setzt die Modernisierung und Automatisierung von Geschäftsprozessen der Justiz fort. So werden durch die IT-Maßnahmen MEGA / MESTA – Mehrländer Automation der Gerichte und Staatsanwaltschaften, Elektronischer Briefkasten, Schleswig-Holsteins elektronisches Mahnverfahren, Elektronisches Grundbuch, Justizportal, Datenaustausch Polizei-Justiz und Registerautomation Schleswig-Holstein wichtige Bausteine zum Ausbau des Elektronischen Rechtsverkehrs gesetzt. Die IT-Maßnahmen werden überwiegend in Kooperation mit anderen Bundesländern realisiert.

Für den Betrieb und die Fortentwicklung der Fachverfahren des MJAE werden 2006 rd. 5,5 Mio. € benötigt. Mittelfristig sind bis 2009 weitere rd. 13,0 Mio. € eingeplant.

Das **Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MLUR)** ist stark durch gesetzliche Vorgaben der EU bei der Automatisierung von Geschäftsprozessen und deren Nutzung über das Internet gebunden. Der Schwerpunkt der künftigen Entwicklungen liegt in der Öffnung der Antrags- und Nachweisverfahren für die landwirtschaftliche Förderung (Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem INVEKOS), angereichert um Geoinformationssysteme und optionale „qualifizierte Signaturen“. Hohe Priorität haben auch die laufenden Verfahren für die Sammlung, Verwaltung, Aufbereitung und Nutzung von Umweltdaten insbesondere für die Großverfahren zur Umsetzung der Wasser-Rahmenrichtlinie, des abfallwirtschaftlichen Informationssystems (AWIS), der Unterstützung der Umsetzung der Richtlinien NATURA 2000 und in der Bereitstellung von Planungsdaten und Geobasisdaten für den Geschäftsbereich MLUR (Kopfstellen für Natur- und Umweltinformationssysteme sowie Geodaten pp.). Für den Betrieb und die Fortentwicklung der Maßnahmen sind in 2006 rd. 11,0 Mio. € veranschlagt. Mittelfristig werden bis 2009 rd. 22,0 Mio. € benötigt.

IV. Eckdaten des Finanzplans 2004 bis 2009

Für den Zeitraum der Finanzplanung hat die Landesregierung folgende Entwicklung der Nettoausgaben vorgesehen:

		<u>Mio. €</u>	<u>Zuwachs in v. H.</u>
Haushalt (incl. NachtragsE)	2005	8.235,4	
Haushaltsentwurf	2006	8.226,9	- 0,1
Planung	2007	8.289,1	+ 0,8
Planung	2008	8.351,8	+ 0,8
Planung	2009	8.414,6	+ 0,8

Bei den Nettoeinnahmen wird folgendes Wachstum erwartet:

		<u>Mio. €</u>	<u>Zuwachs in v. H.</u>
Haushalt (incl. NachtragsE)	2005	6.520,0	
Haushaltsentwurf	2006	6.655,3	2,1
Planung	2007	6.883,6	3,4
Planung	2008	7.149,8	3,9
Planung	2009	7.412,6	3,7

Für die Neuverschuldung des Landes ergibt sich folgende Entwicklung:.

		<u>Mio. €</u>	<u>Veränderung absolut - in Mio. € -</u>
Haushalt (incl. NachtragsE)	2005	1.704,4	
Haushaltsentwurf	2006	1.562,3	- 142,1
Planung	2007	1.400,0	- 162,3
Planung	2008	1.200,0	- 200,0
Planung	2009	1.000,0	- 200,0

Einen Gesamtüberblick über die Entwicklung der großen Einnahme- und Ausgabeblöcke im Planungszeitraum auf der Grundlage des Gruppierungsplans geben die **Anlagen 1 bis 3**.

V. Die Einnahmenseite des Finanzplans

1. Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben

Steuereinnahmen, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen

Grundlage für die Veranschlagung der Steuereinnahmen, des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen sind

- die Steuerschätzung auf der Basis des regionalisierten Ergebnisses des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 10. bis 12. Mai 2005,

- die finanziellen Auswirkungen folgender Gesetze/Richtlinien:
 - Haushaltsbegleitgesetz,
 - Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung,
 - Alterseinkünftegesetz,
 - Gesetz zur Förderung von Wagniskapital,
 - Gesetz zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums,
 - Richtlinien – Umsetzungsgesetz.

Die Schätzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom Mai 2005 wurde auf der Grundlage des geltenden Steuerrechts vorgenommen. Bei der Verteilung der Steuereinnahmen auf die staatlichen Ebenen wurde für den gesamten Zeitraum von der gegenwärtig geltenden Aufteilung des Umsatzsteueraufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ausgegangen. Danach stehen dem Bund vom Aufkommen der Umsatzsteuer vorab 5,63 v. H. für die Rentenfinanzierung zu. Vom verbleibenden Aufkommen erhalten die Gemeinden als Ausgleich für die ab 1. Januar 1998 weggefallene Gewerbesteuer 2,2 v.H. Vom danach verbleibenden Aufkommen stehen dem Bund 49,6 v.H. und den Ländern 50,4 v. H. zu. Außerdem müssen die Länder von ihrem Umsatzsteueranteil dem Bund jährlich 2.323 Mio. € im Rahmen der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs ab 2005 und des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt bereitstellen.

Die Steuereinnahmen, der Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen werden sich danach wie folgt entwickeln:

Jahr	Steuer- einnah- men - Mio. € -	LFA	BEZ	Insgesamt	Zuwachs	
					In Mio. €	in v.H.
2005 ^{*)}	4.920,1	75,4	42,7	5.038,2		
2006	5.099,0	78,6	92,1	5.269,7	+ 231,5	+ 4,6
2007	5.285,2	84,2	95,4	5.464,8	+ 195,1	+ 3,7
2008	5.482,9	92,7	100,5	5.676,1	+ 211,3	+ 3,9
2009	5.645,5	98,6	103,9	5.848,0	+ 171,9	+ 1,8

*)Haushaltssoll
einschl.
NachtragsE

2. Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen

Dieser Bereich enthält die Verwaltungseinnahmen (insbesondere Gebühren und Geldbußen), die Wirtschaftseinnahmen (insbesondere Lottereeinnahmen, Gewinne und Erlöse aus wirtschaftlicher Tätigkeit, Mieten und Pachten), Veräußerungserlöse, Gewährleistungseinnahmen und die Zins- und Tilgungseinnahmen aus Darlehen aller Art. Insgesamt ergibt sich bei diesen Einnahmen folgende Entwicklung:

		<u>- Mio. € -</u>
Haushalt (incl. NachtragsE)	2005	435,2
Haushaltsentwurf	2006	439,5
Planung	2007	455,2
Planung	2008	459,0
Planung	2009	470,4

3. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse

Die Zuweisungen und Zuschüsse für nichtinvestive Zwecke, einschl. Einnahmen aus Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen, entwickeln sich im Finanzplanungszeitraum wie folgt:

		<u>- Mio. € -</u>
Haushalt (incl. NachtragsE)	2005	777,0
Haushaltsentwurf	2006	767,0
Planung	2007	780,7
Planung	2008	792,3
Planung	2009	802,0

4. Einnahmen aus Zuwendungen für Investitionen und Schuldenaufnahmen (ohne Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt)

Hierunter fallen im Wesentlichen

- Zuweisungen des Bundes
 - ° zur Wohnraumförderung
 - ° nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz
 - ° nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (kommunaler Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr)
 - ° für Ganztagsbetreuung
- der Anteil der Gemeinden an den Ausgaben der Krankenhausfinanzierung
- Zuweisungen der Europäischen Union zur Förderung strukturschwacher Räume.

Für die Jahre des Planungszeitraums werden folgende Einnahmen erwartet:

		<u>- Mio. € -</u>
Haushalt (incl. NachtragsE)	2005	217,3
Haushaltsentwurf	2006	224,2
Planung	2007	148,6
Planung	2008	127,2
Planung	2009	131,2

5. Schuldenaufnahme am Kreditmarkt

Die Entwicklung des Bruttokreditbedarfs wird maßgeblich bestimmt von der Höhe und Laufzeitstruktur der Altschulden und der Entwicklung der Neuverschuldung. Die gesamten Kreditmarktschulden betragen per 31.12.2004 rund 20,04 Mrd. Euro.

Trotz eines nur geringen Anstiegs der Ausgaben hat sich die Neuverschuldung des Landes in den letzten Jahren sprunghaft von knapp 500 Mio. € in den Jahren 2001 und 2002 auf rd. 1,1 Mrd. € im Jahre 2002 und rd. 1,2 Mrd. € im Jahre 2003 erhöht. Im vergangenen Jahr 2004 konnte die Neuverschuldung vor allem durch einmalige Einnahmen aus Vermögensveräußerungen und durch eine rückläufige Inanspruchnahme der veranschlagten Fördermittel für Investitionen auf knapp 800 Mio. Euro zurückgeführt werden. Insbesondere wegen hoher Steuermindereinnahmen von über 600 Mio. € und zwangsläufiger Mehrausgaben im Bereich der Sozialhilfe und der Grundsicherung für Arbeitslose erreicht die Neuverschuldung im Nachtrag 2005 mit rd. 1,7 Mrd. € einen neuen Höchststand. Ursächlich hierfür ist, dass zu den bereits vorhandenen strukturellen Defiziten, die aus einer dauerhaften Unterdeckung der laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen resultieren, zusätzliche konjunkturbedingte Haushaltsbelastungen hinzugekommen sind.

Eine Neuverschuldung in der erreichten Höhe übersteigt bei weitem die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes. Angesichts dieser Entwicklung hat die neue Landesregierung die Rückführung der Neuverschuldung zu einer politischen Schwerpunktaufgabe erklärt. Die Landesregierung sieht für die Legislaturperiode von 2005-2010 eine Halbierung der Neuverschuldung vor. Um dieses Ziel zu erreichen, sind neben zusätzlichen Wachstumsimpulsen zum Abbau konjunkturbedingter Haushaltsbelastungen nachhaltige Einsparungen bei den laufenden Ausgaben erforderlich. Darüber hinaus ist eine Verbesserung auch der laufenden Einnahmen insbesondere durch den Abbau von Steuervergünstigungen notwendig.

Mit dem Haushaltsentwurf 2006 hat die Landesregierung bereits erste Schritte zu einer nachhaltigen Begrenzung der laufenden Ausgaben eingeleitet (vgl. dazu Ziff. III.). Insgesamt konnte damit die Neuverschuldung um rd. 140 Mio. € auf rd. 1,56 Mrd. € zurückgeführt werden. Gleichzeitig sind durch die Einrichtung eines Schleswig-Holstein Fonds neue Impulse zur Verbesserung der Wirtschaftskraft des Landes initiiert worden. Die Landesregierung wird ihre Anstrengungen zu einer nachhaltigen Konsolidierung des Haushalts im Finanzplanungszeitraum weiter fortsetzen und konkretisieren.

Wegen der zahlreichen Finanzverflechtungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite des Haushalts setzt ein erfolgreicher Abbau des strukturellen Defizits jedoch zusätzlich ein gleichgerichtetes Vorgehen von Bund und Ländern insbesondere beim Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen voraus. Ein koordiniertes Vorgehen von Bund und Ländern ist auch Voraussetzung für den Abbau des hohen strukturellen Defizits im öffentlichen Gesamthaushalt, den der Sachverständigenrat in seinem letzten Jahresgutachten auf 3,5 v. H. des Bruttoinlandsprodukts beziffert hat. Die Landesregierung wird hierzu im Bundesrat in Abstimmung mit anderen Ländern entsprechende Initiativen ergreifen.

Im Einzelnen entwickeln sich die Nettokreditaufnahme und die am Kreditmarkt zu finanzierende Bruttokreditaufnahme, die zusätzlich auch die Anschlussfinanzierung für die fälligen Tilgungen umfasst, wie folgt:

Haushaltsjahr	Bruttokreditaufnahme	Neuverschuldung	Kreditfinanzierungsquote
	- in Mio. Euro -		- in v. H. -
2005	4.476,4	1.704,4	20,7
2006	4.065,0	1.562,3	19,0
2007	4.586,2	1.400,0	16,9
2008	3.944,0	1.200,0	14,4
2009	2.944,5	1.000,0	11,9

Nach dem Anstieg in den letzten Jahren und der weiter steigenden Neuverschuldung erhöht sich der Bruttokreditbedarf bis zum Jahre 2007 nur geringfügig und verringert sich in den Folgejahren. Dies ist darauf zurückzuführen, dass von Seiten des Kredit- und Zinsmanagements die Niedrigzinsphase der letzten Jahre dazu genutzt worden ist, die Laufzeit der abgeschlossenen Kredite kontinuierlich zu verlängern. Hierdurch wird das historisch niedrige Zinsniveau für einen langen Zeitraum gesichert und gleichzeitig das Risiko von Zinsmehrtausgaben aufgrund steigender Kapitalmarktzinsen vermindert. Zur Entwicklung der Tilgungen wird auf die Ausführungen unter Ziff. VI. 3.3 verwiesen.

Die Kreditfinanzierungsquote, die sich aus der Nettokreditaufnahme in v. H. der Nettoausgaben berechnet, erreicht im Nachtrag 2005 mit über 20 % einen neuen Höchstwert. Die Ursachen hierfür sind bereits bei der Darstellung der Entwicklung der Neuverschuldung erläutert worden. Durch die vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen der neuen Landesregierung kann die Quote mit knapp 12 % im Jahre 2009 wieder unter den Stand des Jahres 2002 (14,1 %) zurückgeführt werden.

VI. Die Ausgabenseite des Finanzplans

1. Personalausgaben

1.1 Berechnung der Personalausgaben

Seit 1998 werden die Personalausgaben des Landes budgetiert. Grundlage für die Personalkostenbudgets des Haushaltsjahres 2006 sind die bisherigen Personalkostenbudgets des Jahres 2005. Für die mittelfristige Finanzplanung sind die Ansätze ebenfalls zu überrollen. Zusätzliche Haushaltsmittel für neue Stellen und Tarif- und Besoldungserhöhungen werden nicht in voller Höhe veranschlagt. Über das Personalkostenbudget hinausgehende Mittel müssen erwirtschaftet werden.

1.2 Personalkosteneinsparkonzept

Die Personalkosten stellen einen erheblichen Teil der Ausgaben des Landes dar. Der Anteil der Personalkosten an den Nettoausgaben (= Personalkostenquote) steigt trotz der Budgetierung im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung von 37,2 % (2005) auf 39,6 % (2009). Mit dem „Personalkosteneinsparkonzept 2010“ werden daher weitergehende Maßnahmen eingeleitet mit dem Ziel, durch eine rasche und wirksame Reduzierung der Personalkosten zur Haushaltskonsolidierung beizutragen. Die Einsparungen sind nicht in den Ansätzen für Personalausgaben der mittelfristigen Finanzplanung enthalten. Sie tragen zur Erwirtschaftung der derzeit noch nicht aufgelösten globalen Minderausgaben bei.

Das „Personalkosteneinsparkonzept 2010“ enthält die folgenden wesentlichen Eckpunkte:

- **Senkung der Personalausgabenbudgets**

In der Ministerialverwaltung und den nachgeordneten Behörden werden die Personalkostenbudgets um 7,5 v. H. bzw. 15 v. H. reduziert (ohne Tariferhöhungen).

Hiervon ausgenommen sind die Kernbereiche Polizei, Justiz, Schule und Steuerverwaltung. Dort werden die Personalkostenbudgets der Jahre 2006 bis 2010 nicht erhöht. Trotzdem werden in den Kernbereichen Maßnahmen zur Kostenreduzierung getroffen (Beispiele: Beteiligung der Polizeibeamten an ihren Gesundheitskosten, Überprüfung der Klassenteiler im Schulbereich, Reduzierung des Personalbudgets der Steuerverwaltung bei Steuervereinfachung/Aufgabenübertragung auf Bund oder Kommunen).

Sondermaßnahmen im Bildungsbereich (u. a. Kindertagesstätten, Unterrichtsversorgung) sind von der Begrenzung der Budgets ausgenommen.

Bei einer Ausgliederung von Ausgaben des Landes bzw. Verlagerung von Aufgaben auf Dritte, Kommunen oder Bund werden die Budgets entsprechend gekürzt.

Die Senkung der Personalkostenbudgets gilt auch für Wirtschaftsbetriebe und ausgliederte Bereiche des Landes. Die Zuschüsse werden im Verhältnis gekürzt.

- Reduzierung der Stellenpläne

Die Anzahl der Planstellen und Stellen wird in dem auf das Jahr der Budgetkürzung folgenden Haushaltsplanjahr entsprechend dem Kürzungswert reduziert.

- Personalwirtschaftliche Maßnahmen

- Überprüfung von Durchführbarkeit und Wirtschaftlichkeit einer Verbeamtung von Angestellten auf Antrag sowie Einstellung im Beamtenverhältnis in nicht-hoheitlichen Bereichen,
- Sinngemäße Anwendung der Regelungen des Beamtenbereiches hinsichtlich Arbeitszeit/Sonderzuwendungen/Urlaubsgeld bei Einstellung oder Höhergruppierung von Angestellten und ArbeiterInnen (oder ggf. neue Regelung in künftigen Tarifverträgen),
- Absenkung der Eingangsbesoldung im gehobenen und höheren Dienst bei Vorliegen der bundesrechtlichen Voraussetzungen,
- Entwicklung eines Abfindungsmodells anstelle von Altersteilzeit.

- Personalmanagement, Personalentwicklung

- Keine neuen Stellen für Übernahmen von über Bedarf ausgebildeten Nachwuchskräften ab Einstellungsjahrgang 2006 (Ausnahme: Ausbildungsanspruch besteht),
- Zurzeit in der Ausbildung des Landes befindliche Nachwuchskräfte werden auf freie bzw. neue Stellen nach Haushaltsgesetz übernommen. In den Haushalten ab 2007 sind Stellenschlüsselberechnungen vorzunehmen,
- Erarbeitung eines begleitenden Personalentwicklungskonzeptes mit dem Ziel, MitarbeiterInnen durch fachliche Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für andere als bisher von ihnen wahrgenommene Aufgaben im Landesdienst zu befähigen. Diese Qualifizierung soll grundsätzlich dazu beitragen, bei Wegfall von Aufgabenbereichen einen Wechsel in andere Tätigkeitsfelder insbesondere in den Kernbereichen zu ermöglichen.

- Controlling und Sanktionen

Die Vorgaben zur Senkung der Personalkosten und zur Reduzierung der Planstellen und Stellen im Landesdienst werden in einem Controllingverfahren überwacht.

Der Finanzminister wird durch eine haushaltsgesetzliche Bestimmung ermächtigt, bei einer sich abzeichnenden Überschreitung des Personalkostenbudgets oder nach einer Budgetüberschreitung im Folgejahr eine Beförderungssperre für das jeweilige Ressort zu erlassen.

Neben den genannten Eckpunkten ist für die Beamten eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 41 Wochenstunden (Erhöhung der Lehrverpflichtung für Lehrkräfte – mit Ausnahme der Hauptschul-Lehrkräfte – um eine halbe Unterrichtsstunde) ab dem 01.08.2006 vorgesehen. Aufgrund dieser Sonderbelastung werden keine weiteren Kürzungen bei den Sonderzuwendungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld) vorgenommen.

1.3 Zentrale Veranschlagung der Tarif- und Besoldungserhöhungen

Ab dem Haushaltsjahr 2006 werden im Einzelplan 11 erstmalig zentral Haushaltsmittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen veranschlagt. Im Einzelnen sind folgende Ansätze vorgesehen:

		- Mio. € -
Haushaltsentwurf	2006	15,0
Planung	2007	15,0
Planung	2008	45,0
Planung	2009	87,0

1.4 Versorgungsrücklage des Landes Schleswig-Holstein

Nach § 14 a Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) sind Bund und Länder verpflichtet, Versorgungsrücklagen zu bilden. Durch eine Verminderung der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen (in der Regel 0,2 Prozentpunkte jährlich) soll in den Jahren 1999 bis 2017 zur Stärkung der Finanzierungsgrundlage im Zeitraum der höchsten Belastung durch Versorgungsausgaben im Lande eine Rücklage aufgebaut werden. § 14 a BBesG sieht außerdem vor, den Versorgungsrücklagen bis Ende 2017 zusätzlich 50 v.H. der Verminderung der Versorgungsausgaben durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 zuzuführen. Die auf den 31.12.2002 folgenden 8 allgemeinen Besoldungserhöhungen werden nicht vermindert.

Die auf die vorangegangenen Besoldungsanpassungen beruhenden Zuführungen an die Versorgungsrücklage bleiben unberührt. Die sich insgesamt ergebende Einsparung wird als globaler Versorgungsbeitrag dem Sondervermögen des Landes zugeführt. Am 31.12.2004 betrug das Gesamtvermögen des Sondervermögens Versorgungsrücklage 64,1 Mio. €.

Die Anlage und Bestandsverwaltung der dem Sondervermögen zufließenden Mittel ist der Deutschen Bundesbank – Hauptverwaltung Hamburg - übertragen worden. Im Zeitraum 2005 bis 2009 sind als Zuführungen an die Versorgungsrücklage folgende Ansätze ausgewiesen:

		<u>- Mio. € -</u>
Haushalt (incl. NachtragsE)	2005	19,4
Haushaltsentwurf	2006	21,0
Planung	2007	24,0
Planung	2008	29,4
Planung	2009	32,2

1.5 Stellenplan 2006

Der Stellenplan 2006 weist unter Berücksichtigung der im Nachtrag 2005 geschaffenen 67 neuen Stellen insgesamt 52.122 Planstellen und Stellen aus.

Davon entfallen 49.564 Planstellen (2005: 55.030) und Stellen auf die Landesverwaltung und 2.558 (2005: 936) Planstellen auf die Wirtschaftsbetriebe des Landes. Der Anstieg der Stellenzahl in den Wirtschaftsbetrieben ist insbesondere auf die Umwandlung der Straßenbauverwaltung in den Landesbetriebe „Landesamt für Straßenbau und Verkehr“ (1.620 Stellen) zurückzuführen.

Insgesamt vermindert sich die Gesamtstellenzahl des Landes gegenüber dem Haushalt 2005 (55.966) um 3.844 Stellen. Dem Stellenzugang von 308 Stellen steht die Reduzierung um 4.152 Stellen gegenüber.

Neue Stellen sind insbesondere vorgesehen für

- Übernahme von Nachwuchskräften (63)
- Nachwuchskräfte im Bereich der Landtagsverwaltung und der Straßenbauverwaltung (9)
- Übernahme von Nachwuchskräften im Bereich der Steuerverwaltung (108)
- Verbesserung der Personalausstattung in der Justiz (15)

Die 4.152 Stellenreduzierungen entfallen insbesondere auf die Ausgliederung der Hochschulbereiche mit 3.882 Planstellen und Stellen.

Des Weiteren sind insbesondere folgende Einsparungen vorgesehen:

- Nachwuchskräfte (85) in den Bereichen Polizei, Steuerverwaltung, Justizvollzug und Forstverwaltung
- Stellen für die Übernahme von Nachwuchskräften (30)
- Neuorganisation in der Steuerverwaltung (62)
- Neuorganisation der Katasterverwaltung (44)

1.6 Gesamtentwicklung der Personalausgaben

Die Personalausgaben werden sich im Finanzplanungszeitraum wie folgt entwickeln:

		Besoldung Vergütung (OGr. 42 und 46)*	Versor- gung (OGr. 43)	sonstige Personal- ausgaben (OGr. 41, 44 und 45)	Personal- ausgaben (HGr.4)	Zuwachs
		Mio. €				in v. H.
Haushalt (incl. NachtragsE)	2005	2.097,4	754,6	209,0	3.061,0	
Haushaltsentwurf	2006	2.129,8	792,1	213,3	3.135,2	2,4
Planung	2007	2.136,8	818,0	218,8	3.173,6	1,2
Planung	2008	2.172,7	849,0	225,0	3.246,8	2,3
Planung	2009	2.226,3	877,3	232,0	3.335,5	2,7

* ab 2001 ohne Personalausgaben der Hochschulen (§ 21 Hochschulgesetz)

Die Ansätze der mittelfristigen Finanzplanung enthalten nicht die möglichen Einsparungen aufgrund des Personalkosteneinsparkonzeptes (vgl. Ziffer 1.2).

2. Sächliche Verwaltungsausgaben

Die sächlichen Verwaltungsausgaben steigen von 422,4 Mio. € (2005) auf 484,1 Mio. € (2009). Der Ausgabenzuwachs entsteht im Wesentlichen bei den Gerichtskosten sowie bei den Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderer Vertragsformen im IT-Bereich (Kapitel 1103). In den Planjahren ergibt sich folgende Entwicklung:

		Mio. €	Zuwachs in v.H.
Haushalt (incl. NachtragsE)	2005	422,4	
Haushaltsentwurf	2006	439,9	4,2
Planung	2007	469,9	6,8
Planung	2008	476,0	1,3
Planung	2009	484,1	1,7

3. Ausgaben für den Schuldendienst

3.1 Zinsausgaben

Die Entwicklung der Zinsausgaben wird bestimmt durch den Schuldenzuwachs, die Veränderung der Kapitalmarktzinsen und die Maßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements zur Optimierung der Zinsausgaben unter Ergebnis-Risiko-Gesichtspunkten.

Bereits seit Beginn der 90er Jahre setzt das Land ergänzend zur Kreditaufnahme verstärkt Finanzderivate zur Optimierung der Zinsausgaben ein. Mit diesen Instrumenten kann, unabhängig von der Laufzeitstruktur der Kredite, die Zinsbindungs- und damit auch die Kostenstruktur flexibel gesteuert werden.

Seit Einführung der Outputorientierten Budgetierung für den Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ im Jahre 2002 werden die gesamten Zinsausgaben des Landes aus Krediten und Finanzderivaten zusammenhängend unter Ergebnis-Risiko-Abwägungen mit Hilfe eines Portfolioverfahrens (PERZ SH) geplant und gesteuert. Die bisherige haushaltsmäßige Steuerung der veranschlagten Zinsausgaben wird damit durch eine wirtschaftliche Betrachtung ergänzt.

Entwicklung der wirtschaftlichen Ergebnisse

Die angestrebten wirtschaftlichen Ergebnisse in Form von Zinsminderausgaben werden im Vergleich zu einem vorgegebenen Referenzportfolio ermittelt. Die Steuerung der Ergebnisse erfolgt unter Beachtung der zulässigen Höhe der Zinsänderungsrisiken (Risikolimits).

Die Zinsänderungsrisiken werden mit Hilfe eines standardisierten Risikoszenarios ermittelt und durch das Parlament in Form eines Risikolimits vorgegeben.

Da bei der Ermittlung der Zinsausgaben des Referenzportfolios sowohl der jeweilige Schuldenstand als auch die Entwicklung der Marktzinsen berücksichtigt wird, können positive wirtschaftliche Ergebnisse nur durch eine aktive Gestaltung der Verschuldungs- und Zinsbindungsstruktur erreicht werden. Einer aktiven Steuerung der Fälligkeits- und Zinsbindungsstruktur kommt dabei besondere Bedeutung zu. Im Jahre 2004 wurde im Vergleich zum Referenzportfolio ein positives wirtschaftliches Ergebnis von rund 108 Mio. Euro (Vorjahr: 83 Mio. Euro) erzielt. In dieser Höhe haben die tatsächlichen Zinsausgaben die Zinsausgaben des Referenzportfolios unterschritten. Die positive Ergebnisentwicklung wird sich mit voraussichtlich rd. 131 Mio. € im Jahre 2005 und rd. 90 Mio. € im Jahre 2006 weiter fortsetzen. Auch in den folgenden Jahren kann mit positiven Ergebnisbeiträgen gerechnet werden. Die überdurchschnittlich hohen Ergebnisbeiträge der letzten Jahre werden sich jedoch normalisieren. Dies ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass das historisch niedrige Zinsniveau in den letzten Jahren zu einer Verlängerung der Kredit- und Zinsbindungsdauer im Vergleich zum Referenzportfolio genutzt worden ist. Die damit verbundenen Mehrkosten belasten zwar kurzfristig die Ergebnisentwicklung, verringern jedoch auf längere Sicht die potenziellen Mehrausgaben bei einem künftigen Zinsanstieg (Begrenzung von Zinsänderungsrisiken).

Entwicklung der haushaltsmäßigen Ergebnisse

Trotz des deutlichen Anstiegs der Neuverschuldung in den letzten Jahren sind die im Haushalt veranschlagten Zinsausgaben weitgehend konstant geblieben. Die Mehrausgaben aus der Neuverschuldung konnten bislang aufgrund des Rückgangs der Kapitalmarktzinsen und der hierauf ausgerichteten Maßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements kompensiert werden.

Aufgrund des starken Anstiegs der Verschuldung und der damit verbundenen kumulierten Zinsbelastung werden die Zinsausgaben insbesondere ab dem Jahre 2007 nicht mehr auf dem bereits erreichten Niveau stabilisiert werden können. Außerdem hat sich auch das künftige Optimierungspotenzial erheblich verringert, weil die Durchschnittsverzinsung in den letzten Jahren spürbar gesunken ist. Ausgehend von dem erreichten niedrigen Zinsniveau werden selbst bei einem moderaten Zinsanstieg die Entlastungseffekte aus günstigeren Anschlusskrediten deutlich geringer. Sobald das aktuelle Zinsniveau über den Durchschnittszins der fälligen Altschulden steigt, ergeben sich sogar zusätzliche Mehrausgaben.

Als Ergebnis der dargestellten Effekte muss damit gerechnet werden, dass die Zinsausgaben insbesondere ab dem Jahre 2007 voraussichtlich wieder deutlich ansteigen werden.

Haushaltsjahr	Zinsausgaben	
	in Mio. Euro	Zuwachs in v. H.
Entwurf Nachtrag 2005	889,4	
Haushaltsentwurf 2006	912,2	+ 2,6
Planung 2007	956,7	+ 4,9
Planung 2008	1.050,6	+ 9,8
Planung 2009	1.133,5	+ 7,9

Eine Stabilisierung der Zinsausgaben auch in den kommenden Jahren nach 2007 setzt voraus, dass über die in der Finanzplanung bisher vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen hinaus zusätzliche Maßnahmen auf Bund-Länder-Ebene ergriffen werden.

Die Entwicklung der Zinsbelastungsquoten macht dies ebenfalls deutlich. Die Zins-Ausgaben-Quote (Zinsausgaben in v. H. der Nettoausgaben) steigt im Finanzplanungszeitraum von 10,8 % in 2005 auf 13,5 % in 2009 an. Ursächlich hierfür ist, dass die Zinsausgaben aufgrund der hohen Neuverschuldung und einer erwarteten Normalisierung des derzeit historischen Zinsniveaus auf dem Kapitalmarkt insbesondere ab dem Jahre 2007 stark ansteigen, während das Wachstum der Nettoausgaben auf unter 1 % begrenzt wird. Auch die Zins-Steuer-Quote (Zinsausgaben in v. H. der Steuern einschließlich BEZ und LFA) erhöht sich in den beiden letzten Jahren des Finanzplanungszeitraums weiter auf 20,1 % im Jahre 2009.

Haushaltsjahr	Zins-Ausgaben-Quote - in v.H. -	Zins-Steuer-Quote - in v.H. -
Entwurf Nachtrag 2005	10,8	18,1
Haushaltsentwurf 2006	11,1	17,9
Planung 2007	11,5	18,1
Planung 2008	12,6	19,2
Planung 2009	13,5	20,1

3.2 Entwicklung des Primärsaldos

Die Höhe und Veränderung des Primärsaldos liefern Anhaltspunkte über die Entwicklung des Haushalts nach Bereinigung um die Kreditaufnahme, die Rücklagenbewegungen, die Schuldentilgung und die Zinsausgaben.

Die Betrachtung stellt damit auf die Entwicklung eines Kernhaushaltes ab, der sich ergäbe, wenn alle Folgekosten der Altschulden entfallen und auch künftig keine Neuschulden aufgenommen würden. Ein positiver Primärsaldo bedeutet, dass die Nettoeinnahmen (Einnahmen ohne Kredite) ausreichen, um alle übrigen Ausgaben abzudecken und darüber hinaus ein Haushaltsüberschuss anfällt.

	HHE Nachtrag 2005	HHE 2006	MFP 2007	MFP 2008	MFP 2009
	- in Mio. Euro -				
Nettoeinnahmen	6.520,0	6.655,3	6.883,6	7.149,8	7.412,6
Nettoausgaben	8.235,5	8.226,9	8.289,1	8.351,8	8.414,6
Finanzierungssaldo	-1.715,5	-1.571,6	-1.405,5	-1.202,0	- 1.002,0
Zinsausgaben	889,4	912,2	956,7	1.050,6	1.133,5
bereinigte Nettoausgaben (Nettoausgaben minus Zinsausgaben)	7.346,1	7.314,7	7.332,4	7.301,2	7.281,1
Primärsaldo (Nettoeinnahmen minus bereinigte Nettoausgaben)	- 826,1	- 659,4	- 448,8	- 151,4	+ 131,5
nachrichtlich: Nettokreditaufnahme	1.704,4	1.562,3	1.400,0	1.200,0	1.000,0

Ein negativer Primärsaldo gibt hingegen an, dass auch nach Wegfall der Folgekosten aus der Kreditaufnahme die regulären Einnahmen nicht zur Deckung der regulären Ausgaben ausreichen.

Der hohe negative Primärsaldo im Nachtragsentwurf 2005 ist Ausdruck dafür, dass sich die Haushaltstruktur in den letzten Jahren deutlich verschlechtert hat und derzeit ein hoher Fehlbetrag in der laufenden Rechnung besteht. Dieser hohe Fehlbetrag im regulären Haushalt kann auch bei einer restriktiven Ausgabenpolitik erst allmählich zurückgeführt werden.

Der Rückgang des Primärdefizits in den kommenden Jahren und der erstmalige leichte Überschuss im Jahre 2009 sind Ausdruck des von der neuen Landesregierung verfolgten Kurses der schrittweisen Konsolidierung des Haushalts. Die weiter ansteigenden Zinsausgaben machen allerdings deutlich, dass auch in den Folgejahren noch ein erheblicher Konsolidierungsbedarf besteht.

3.3 Tilgungsausgaben (Kreditmarkt)

Aufgrund des starken Anstiegs der Kreditmarktschulden nehmen auch die jährlichen Tilgungsvolumina bis zum Jahre 2007 zu. Da jedoch die Phase niedriger Zinsen in den letzten Jahren von Seiten des Kredit- und Zinsmanagements zu einer Verlängerung der Kreditlaufzeiten genutzt worden ist, verringert sich das Tilgungsvolumen in den nachfolgenden Jahren. Im Einzelnen entwickeln sich die Tilgungen wie folgt:

Haushaltsjahr		Tilgungen (Kreditmarkt) - in Mio. Euro -
Entwurf Nachtrag	2005	2.772,0
Haushaltsentwurf	2006	2.502,7
Planung	2007	3.186,2
Planung	2008	2.744,0
Planung	2009	1.944,5

4. Zuwendungen für nichtinvestive Zwecke (ohne Leistungen in den Länderfinanzausgleich)

Für die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse des Landes an andere öffentliche Haushalte, an Private und sonstige Empfänger ist folgende Gesamtentwicklung angenommen worden:

		<u>Mio. €</u>	<u>Zuwachs in v.H.</u>
Haushalt (incl. NachtragsE)	2005	3.073,2	
Haushaltsentwurf	2006	2.933,7	-4,5
Planung	2007	3.016,6	2,8
Planung	2008	3.170,5	5,1
Planung	2009	3.235,3	2,0

Der weit überwiegende Teil der Zuwendungen für nichtinvestive Zwecke sind laufende Ausgaben an die Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes (Schlüsselzuweisungen, Sozialhilfe, Wohngeld und dgl.).

Im Planungszeitraum ist für die nichtinvestiven Zuwendungen an die Gemeinden folgende Entwicklung vorgesehen:

		<u>Mio. €</u>	<u>Zuwachs in v. H.</u>
Haushalt (incl. NachtragsE)	2005	1.902,5	
Haushaltsentwurf	2006	1.761,6	-7,4
Planung	2007	1.777,0	0,9
Planung	2008	1.963,5	10,5
Planung	2009	2.030,8	3,4

Auch bei den übrigen nichtinvestiven Zuwendungen sind die Ausgaben zu einem großen Teil gesetzlich oder faktisch gebunden (z.B. Ausbildungsförderung, Zuweisungen an die Universitätskliniken, Zuschüsse an private Schulen, Finanzierungsanteile für Forschung, Leistungen an die Kirchen und die Landwirtschaftskammer, Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz). Ab 2001 werden die Zuschüsse an die Haushalte der Hochschulen gem. § 21 Hochschulgesetz auf jeweils einen Zuschusstitel der Hauptgruppe 6 (nichtinvestive Zuwendungen) und der Hauptgruppe 8 (investive Zuwendungen) veranschlagt.

Es sind folgende Beträge eingeplant:

		<u>Mio. €</u>	<u>Zuwachs in v.H.</u>
Haushalt (incl. NachtragsE)	2005	1.170,7	
Haushaltsentwurf	2006	1.172,2	0,1
Planung	2007	1.239,6	5,8
Planung	2008	1.207,0	-2,6
Planung	2009	1.204,5	-0,2

5. Ausgaben für eigene Investitionen des Landes und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Finanzplan weist ein Investitionsvolumen von 3,7 Mrd. € aus. Im Einzelnen ist folgende Entwicklung vorgesehen:

	Haushalt NT-Entwurf 2005	Haushalts- entwurf 2006	Planung 2007 - Mio. € -	Planung 2008	Planung 2009
1) Hochbaumaßnahmen	109,4	105,6	107,1	102,9	103,4
2) Tiefbaumaßnahmen	16,1	13,0	11,8	11,9	11,5
3) Ausrüstungsinvestitionen	41,5	49,3	102,8	65,4	51,8
4) Erwerb von unbeweglichen Sachen und Beteiligungen	0,4	0,1	0,0	0,0	0,0
5) Summe (2 bis 4) = Sachinv. des Landes	57,9	62,3	114,6	77,3	63,3
6) Investitionsförderung					
- der Kommunen	363,7	350,3	296,0	287,1	291,3
- der Wirtschaft	222,3	225,6	228,5	223,2	223,9
- sonstige Investitionsförde- rung	15,5	18,4	18,7	18,8	18,2
7) Summe (1,5,6) = Gesamte Inv. des Landes	768,8	762,1	764,9	709,2	700,0

Ergänzend kommen die Investitionen von Stiftungen (Energienstiftung, Technologiestiftung) hinzu, die weitgehend aus Eigenmitteln finanziert werden, zu denen das Land durch Aufstockung der Stiftungsvermögen beigetragen hat. Erhebliche Investitionsmittel fließen auch aus Sondervermögen, z. B. für den Wohnungsbau. Im Rahmen des Liegenschaftsmodells wird die LVSH in der Rechtsnachfolge der IB bis 2007 für die insgesamt (rd. 250) übertragenen Liegenschaften rd. 50,0 Mio. € zum Abbau eines Instandhaltungsstaus zur Verfügung stellen. Die GMSH wird jährlich rd. 5 bis 10 Mio. € an Instandhaltungsausgaben abwickeln. Darüber hinaus werden von der GMSH Modernisierungsmaßnahmen und über zusätzliche Mieten finanzierte Instandhaltungs- und Umbaumaßnahmen durchgeführt. Auch hierdurch werden die unmittelbaren investiven Ausgaben des Landes indirekt verstärkt. Die Investitionsquote (Anteil der Investitionen an den Nettoausgaben) wird von 9,3 % in 2005 auf 8,3 % in 2009 zurückgehen. Rückwirkend betrachtet ist dies auch auf die 2004 grundsätzlich abgeschlossene Übertragung der Grundstücke des Landes auf die LVSH und der damit verbundenen Finanzierung von Verwaltungsneubauvorhaben und kleinen Baumaßnahmen im Rahmen der Mietzahlungen zurückzuführen, wird aber außerhalb des Haushalts teilweise wieder kompensiert.

VII. Kommunaler Bereich

1. Kommunaler Finanzausgleich

Der kommunale Finanzausgleich ist berechnet auf der Grundlage der veranschlagten Steuereinnahmen (vgl. V. 1).

Die Finanzausgleichsmasse 2006 enthält die Abrechnung für das Jahr 2004 in Höhe von 3,2 Mio. € zu Lasten des Landes, die restliche Abrechnung der Finanzausgleichsmasse für das Jahr 2003 in Höhe von 22,6 Mio. € sowie eine weitere Teilabrechnung für das Jahr 2005 in Höhe von 30,0 Mio. € zugunsten des Landes und berücksichtigt darüber hinaus folgende Zuführungen zur Finanzausgleichsmasse:

- Aufgabenverlagerungen (Musikschulen, Büchereiwesen, pauschalisierte Mietkosten für Frauenhäuser)	+ 5,9 Mio. €
- Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen	+ 60,0 Mio. €
- Förderung der kommunalen Verwaltungsstrukturreform	+ 1,4 Mio. €
Summe	+ 67,3 Mio. €

Die 2001 erfolgte Verlagerung der Finanzierungsbeteiligung an den Aufwendungen der Fragen der Jugendhilfe in den kommunalen Finanzausgleich wurde mit einer Revisionsklausel verknüpft. Danach war eine Anhebung des Verbundsatzes zum 1. Januar 2005 für den Fall vorgesehen, dass im Zeitraum 2001 bis 2004 die Entwicklung der Zuweisungen zu den Jugendhilfekosten wesentlich hinter der Entwicklung der Tarifierhöhungen nach dem Vergütungstarifvertrag des Bundesangestelltentarifvertrages für den Bereich des Bundes und der Tarifgemeinschaft der Länder zurückbleibt.

Die tatsächliche Entwicklung im Zeitraum 2001 bis 2004 – eine rückläufige Finanzausgleichsmasse einerseits sowie Tarifsteigerungen andererseits – löst den Revisionsfall aus. Da aufgrund des Doppelhaushalts 2004/2005 eine Anhebung des Verbundsatzes zum 1. Januar 2005 nicht möglich war, wird die Verbundsatzanhebung um 0,11 v. H. auf 19,9 v. H. zum 1. Januar 2006 vorgenommen. Um den für 2005 errechneten absoluten Nachzahlungsbetrag zugunsten der Kommunen wird die Finanzausgleichsmasse 2007 einmalig um 5,9 Mio. € erhöht.

Danach stellt das Land den Gemeinden und Gemeindeverbänden in den Jahren 2005 bis 2009 folgende Beträge zur Verfügung:

	- Mio. € -	- Mio. € -	Steigerung in - v. H. -
2005	1.085,7	+101,2	+10,3
2006	1.024,0	-61,7	-5,7
2007	1.036,0	+12,0	+1,2
2008	1.148,1	+112,1	+10,8
2009	1.181,1	+33,0	+2,9

Daneben werden die Gemeinden entsprechend ihrem Anteil am Aufkommen der Einkommensteuer mit 26 v.H. an den zusätzlichen Umsatzsteuereinnahmen beteiligt, die das Land im Zusammenhang mit der 1996 erfolgten Neuregelung des Familienleistungsausgleichs (6,40 Umsatzsteuerpunkte) erhält, und zwar

2005	74,2 Mio. €
2006 (einschl. Abrechnung 2002 und 2003)	62,9 Mio. €
2007	74,5 Mio. €
2008	76,0 Mio. €
2009	77,6 Mio. €

Die Finanzausgleichsmasse und ihre Entwicklung im Planungszeitraum ist in der **Anlage 6** dargestellt.

2. Steuereinnahmen der Kommunen

Auf der Grundlage des regionalisierten Ergebnisses der Steuerschätzung vom Mai 2005 können die Gemeinden und Kreise in den kommenden Jahren mit folgenden Steuereinnahmen rechnen (ohne kommunale Bagatellsteuern):

	2005	2006	2007	2008	2009
	- Mio. € -				
Grundsteuer A	19	19	19	19	19
Grundsteuer B	302	308	313	318	324
Gewerbsteuer	784	843	850	879	908
Gemeindeanteil an der LSt und ESt	613	643	674	719	756
Gemeindeanteil am Zinsabschlag	26	27	27	28	28
Gemeindeanteil an der Ust	72	73	75	77	78
Gewerbsteuerumlage (100 %)	- 100	- 93	- 94	- 97	- 99
Erhöhte Gewerbsteuerumlage	- 86	- 90	- 90	- 93	- 96
Zwischensumme	1.630	1.730	1.774	1.850	1.918
Familienleistungsausgleich	74	63	75	76	78
Summe	1.704	1.793	1.849	1.926	1.996
Zuwachs					
- in Mio. €		+ 89	+ 56	+ 77	+ 70
- in v.H.		+ 5,2	+ 3,1	+ 4,2	+ 3,6

VIII. Sonstige Schwerpunkte

1. Verkehrsbereich

1.1 Landesstraßen- und -radwegebau

Seit dem 01.01.2005 hat der Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr in Schleswig-Holstein (LBV-SH) seinen Betrieb aufgenommen. Für den Aufwand an Personal und Sachkosten sowie für Investitionen sind für den Planungszeitraum 333,3 Mio. € im Epl. 06 sowie 115,5 Mio. € im Schleswig-Holstein Fonds vorgesehen.

1.2 Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) für ÖPNV und kommunalen Straßenbau

Für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen aus dem Mineralölsteueraufkommen. Grundlage ist das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - GVFG -.

Für den Planungszeitraum sind rd. 153,2 Mio. € vorgesehen.

1.3 Öffentlicher Personennahverkehr

Nach Art. 106a Grundgesetz i.V.m. § 5 Regionalisierungsgesetz steht den Ländern ab 1. Januar 1996 ein Betrag für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes zu.

Entsprechende Bundeszuweisungen sind in Höhe von 1.107,3 Mio. € eingeplant.

Die Einnahmen werden in erster Linie für den Schienenpersonennahverkehr benötigt. Die übrige Verwendung der Regionalisierungsmittel wird durch § 6 des ÖPNV-Gesetzes bestimmt. U.a. erhalten die kommunalen Aufgabenträger jeweils eine jährliche Pauschale in Höhe von rd. 77 T€. Ein Teil wird für länderverbindende Verkehrsleistungen im Hamburger Verkehrsraum eingesetzt sowie für Nahverkehrsleistungen der Eisenbahn - AG AKN und der Verkehrsgesellschaft Norderstedt, im Übrigen für Förderungen von ÖPNV-Investitionen, vorrangig von solchen Maßnahmen, die GVFG-förderfähig sind. Daneben werden aus diesen Einnahmen auch Zuschüsse zur Verbesserung des ÖPNV in Verbindung mit Schnittstellen des SPNV gewährt, insbesondere für

- die Kooperation von Verkehrsunternehmen zur Verbesserung des ÖPNV durch Verkehrs- und Tarifgemeinschaften, auch im Umland von Großstädten,

- die Einrichtung neuer sowie die Erweiterung oder Verdichtung bestehender Linien,
- Modellvorhaben zur Erprobung alternativer Bedienungskonzepte.

1.4 Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen

Mittel für diesen Bereich werden im Rahmen der Regionalisierung zur Verfügung gestellt.

1.5 Landeseigene Häfen

Für Baumaßnahmen in landeseigenen Häfen werden ab 2006 Mittel im Kapitel 0605 und im Schleswig-Holstein Fonds bereitgestellt.

2. Landwirtschaft, Umwelt und ländlicher Raum

2.1 Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (Kap. 1320)

Für Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe sind in 2006 Ausgaben in Höhe von 96,9 Mio. Euro ausgewiesen.

Für den Teil der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur beträgt das Programmvolumen für dieses Jahr 61,3 Mio. Euro, für den Teil Küstenschutz werden 25,8 Mio. Euro veranschlagt, für wasserwirtschaftliche 5,6 Mio. und forstliche Maßnahmen 4,2 Mio. Euro.

Für die Jahre 2007 – 2009 können derzeit keine verbindlichen Aussagen getroffen werden, da der Finanzplan der EU ab 2007 derzeit noch nicht feststeht.

2.2 Landwirtschaft, Umwelt, Fischerei, Natur- und Verbraucherschutz (Epl. 13)

Die für die Einleitung von Abwasser in ein Gewässer erhobenen Abgaben sind zweckgebunden zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte zu verwenden. Im Planungszeitraum werden Einnahmen in Höhe von 75,0 Mio. € erwartet. Für die Abwasserbeseitigung werden darüber hinaus Mittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ bereitgestellt.

Das Sondervermögen Landeswald erzielt jährlich Einnahmen in Höhe von 5,6 Mio. Euro. Die Zuwendungen des Landes betragen pro Jahr 7,6 Mio. Euro. Im Jahr 2006 wurde allerdings eine einmalige Zuschusskürzung in Höhe von 3,5 Mio. Euro vorgenommen. Für den Planungszeitraum ergibt sich daher ein Volumen von 62,5 Mio. Euro.

Im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur sind für forstliche Maßnahmen im Privatwald noch einmal 4,2 Mio. Euro jährlich veranschlagt. Für den Planungszeitraum kann also mit Mitteln in Höhe von 21 Mio. Euro gerechnet werden.

Seit der Erhöhung der Grundwasserentnahmeabgabe im Jahr 2004, werden jährlich Einnahmen in Höhe von 24,4 Mio. Euro veranschlagt. Für den Finanzplanungszeitraum werden daher Einnahmen in Höhe von 122,0 Mio. € aus der Grundwasserentnahmeabgabe erwartet, die zu 65% (79,3 Mio. €) für Maßnahmen zur Verbesserung des Grundwasserschutzes, der Grundwasserbewirtschaftung und der Wasserversorgung zweckgebunden einzusetzen sind.

Aus der Abgabe, die für Entnahme von Oberflächenwasser aus Binnengewässern erhoben wird, kann für den Finanzplanungszeitraum bis einschl. 2009 ein Aufkommen von 180,0 Mio. € veranschlagt werden. Diese Einnahme fließt zu 50 % in Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der oberirdischen Gewässer, der aquatischen Ökosysteme und der von ihnen abhängigen Landökosysteme und Feuchtgebiete sowie zur Förderung einer nachhaltigen Wassernutzung.

Insgesamt stellt die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie einen abgabenfinanzierten Ausgabenschwerpunkt im Bereich der Wasserwirtschaft dar.

Für den biologischen Flächenschutz und den Artenschutz einschließlich des Vertragsnaturschutzes im Agrarbereich sollen insgesamt rd. 95,0 Mio. € bereitgestellt werden. Die Finanzierung erfolgt im Wesentlichen aus den drei Wasserabgaben.

Für die Förderung von Vereinen, Verbänden und Sonstigen auf den Gebieten des Umwelt-, Natur- und Tierschutzes sind im Finanzplanungszeitraum Ausgaben in Höhe von 2,6 Mio. € vorgesehen.

Rd. 40,2 Mio. € sind für die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen angesetzt.

Aufgrund eines 1995 in Kraft getretenen Verwaltungsabkommens mit dem Bund und den Küstenländern erstatten die übrigen Küstenländer dem Land Schleswig-Holstein im Finanzplanungszeitraum rd. 27,6 Mio. €.

Für die Förderung der Seefischerei und ihrer Vermarktungseinrichtungen, der Binnenfischerei, der Aquakultur sowie der Umstrukturierung des Fischereisektors stehen im Jahr 2006 einschließlich der Kofinanzierungsmittel 2,5 Mio. Euro zur Verfügung. Mittel aus dem Schleswig-Holstein Fonds sind dabei nicht berücksichtigt. Der Anteil der Landesmittel beträgt 0,6 Mio. Euro. In welcher Höhe Zuwendungen der EU für Strukturmaßnahmen im Bereich der Fischerei und Aquakultur ab 2007 für den Rest der Planungsperiode erwartet werden können, lässt sich derzeit nicht beziffern. Dies gilt analog für die Kofinanzierungsmittel von Bundesebene.

Landwirtschaftskammer

Die Finanzierung der Aufgaben der Landwirtschaftskammer ist ab 2003 komplett von der institutionellen auf eine projektbezogene Förderung umgestellt worden. Einzelheiten hierzu sind einer Zielvereinbarung zwischen der Kammer und dem Ministerium zu entnehmen, die zum 01.01.2006 erneuert wird. Die Zuwendungen des Landes beziehen sich sowohl auf den Selbstverwaltungs- und den Weisungsbereich der Kammer als auch auf die Beteiligung des Landes an den Pensionskosten und den sozialverträglichen Personalabbau. Insgesamt sind für den Zeitraum 2005 bis 2009 Mittel in Höhe von 31,3 Mio. € vorgesehen.

Das Landeslabor erhält derzeit jährlich 9,8 Mio. Euro an Landeszuschüssen. Für den Planungszeitraum ergäbe sich bei einer Fortschreibung ein Mittelvolumen in Höhe von 52,3 Mio. Euro.

3. Frauenpolitische Maßnahmen

Für frauenpolitische Maßnahmen sind insgesamt Mittel in Höhe von 10,3 Mio. € veranschlagt. Der Schwerpunkt der Förderung liegt in folgenden Bereichen:

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Um die Chancen von Frauen, insbesondere Berufsrückkehrerinnen, auf dem Arbeitsmarkt ihrer Region zu erhöhen und gleichzeitig eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit zu erzielen, werden die Beratungsstellen "Frau & Beruf" sowohl vom Land als auch von der Europäischen Union unterstützt.

- Bekämpfung häuslicher Gewalt

Die Frauenhäuser und Frauenfachberatungsstellen bilden die Basis einer flächendeckenden Versorgung: Sie unterstützen Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind und wirken bei

der Gewaltprävention mit. Neben diesen unverzichtbaren Unterstützungsleistungen liegt ein Schwerpunkt weiterhin auf der landesweiten Koordination der Maßnahmen gegen häusliche Gewalt an Frauen. In allen Kreisen und kreisfreien Städten sollen Polizei, Justiz, Frauen- u. Männerberatung, Ärzteschaft, Jugendämter und Soziale Dienste zusammen arbeiten, um ihr Vorgehen bei häuslicher Gewalt aufeinander abzustimmen.

Diese Maßnahmen werden in einem Aktionsplan dokumentiert und bewertet. Ziel ist es, einerseits deutlich zu machen, was in Schleswig-Holstein bisher getan wurde, um auf häusliche Gewalt zu reagieren. Andererseits wird aufgezeigt, wo Weiterentwicklung nötig ist.

- Umsetzung des Gender Mainstreaming-Prinzips und Vernetzung der Gleichstellungsbeauftragten und Frauenbeauftragten

Das von der Landesregierung beschlossene Rahmenkonzept Gender Mainstreaming (GM) ist in allen Bereichen der Landesverwaltung anzuwenden. Der 2002 begonnene dezentrale Umsetzungsprozess ist wesentlicher Teil der kontinuierlichen Verwaltungsmodernisierung. Die organisatorische Umsetzung des GM-Prinzips in den Ressorts, die fachliche Qualität der Implementierung sowie eine Finanzierung von Schlüsselprojekten werden durch die zentrale Stelle im MBF sichergestellt.

Die rund 1.600 Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten, die in den Kommunen, den Hochschulen und den Landesbehörden tätig sind, bilden das Fundament einer erfolgreichen Frauenpolitik. Die dazu notwendigen tragfähigen Organisations- und Vernetzungsstrukturen werden von der Koordinierungsstelle für Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte durch Beratung und Qualifizierungsmaßnahmen gewährleistet und weiterentwickelt.

4. Soziale Wohnraumförderung

Die Wahrung eines Mindestbestandes an belegungs- und mietpreisgebundenen Wohnungen sowie die notwendige qualitative Bestandserhaltung von vielen tausend Mietwohnungen – vornehmlich in den Wohngebäuden der 50er bis 70er Jahre wird auch künftig besondere Anstrengungen bei der **sozialen Wohnraumförderung** erfordern. Durch die Förderung bewahrt das Land seine unverzichtbare soziale Steuerungs- und Ordnungsfunktion in einem existentiellen Politikfeld.

Damit Versorgungsprobleme beim Wohnen ausgeschlossen und sozial stabile Wohnquartiere erhalten bleiben, muss die **soziale Wohnraumförderung** auch über das Haushaltsjahr 2006 hinaus auf hohem Niveau fortgesetzt werden.

Zielgruppen der **sozialen Wohnraumförderung** sind Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind. Die Förderung von Mietwohnraum unterstützt dabei insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen sowie Familien und andere Haushalte mit Kindern, Alleinerziehende, Schwangere, ältere Menschen und behinderte Menschen.

Bei der Förderung der Bildung selbst genutzten Wohneigentums stehen insbesondere Familien und andere Haushalte mit Kindern sowie behinderte Menschen im Mittelpunkt, die in Folge ihres Einkommens die Belastungen des Baues oder Erwerbs von Wohnraum ohne die **soziale Wohnraumförderung** nicht tragen können.

Das Wohnraumförderprogramm 2006 wird ein Fördervolumen von 75,0 Mio. Euro haben (gem. Kabinettsbeschluss aus 2004). Hinzu kommen Bundesfinanzhilfen, deren Höhe erst im Laufe des Jahres 2005 verhandelt werden wird.

5. Städtebauförderung

Das Förderungsvolumen beträgt für den Planungszeitraum (2005 bis 2009) insgesamt rd. 79,1 Mio. €.

- Das **allgemeine Bund-Länder-Programm** zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Städten und Gemeinden wird 2005 mit einem Programmvolumen in Höhe von 10,86 Mio. € fortgesetzt. Bund, Land und Kommunen sind jeweils mit einem Drittel (3,62 Mio. €) an der Finanzierung beteiligt.
Die Bundesfinanzhilfen steigen von 85,702 Mio. € im Jahr 2005 auf 87,119 Mio. € im Jahr 2006 und auf 89,761 Mio. € ab 2007 (Angleichung Städtebauförderung West an Städtebauförderung Ost in drei Schritten).
- Der Bund stellt den Ländern für das **Programm Soziale Stadt** im Programmjahr 2005 Finanzhilfen in Höhe von 71,275 Mio. € zur Verfügung. Davon entfallen auf Schleswig-Holstein 2,287 Mio. €. Land und Kommunen komplementieren diese Mittel jeweils in gleicher Höhe. Ab 2006 betragen die Bundesfinanzhilfen jährlich 70,4 Mio. €.

- Das 2004 neu aufgelegte **Programm Stadtumbau West** wird 2005 bis 2007 auf der Basis von Bundesfinanzhilfen in Höhe von 40,0 Mio. € fortgesetzt.
Die Bundesfinanzhilfen erhöhen sich 2008 auf 58,0 Mio. € und 2009 auf 86,0 Mio. €. Das Programmvolumen beträgt für das Programmjahr 2005 6,396 Mio. € (je ein Drittel Bundes-, Landes- und kommunale Mittel).

6. Gesundheitswesen

6.1 Krankenhausfinanzierung

Für Maßnahmen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) sind für den Zeitraum 2005 bis 2009 folgende Ausgaben eingeplant:

		<u>Mio. €</u>
Haushalt (incl. NachtragsE)	2005	55,3
Haushaltsentwurf	2006	59,6
Planung	2007	64,6
Planung	2008	70,1
Planung	2009	75,8

Zusammen sind dies rd. 325,4 Mio. €, die vom Land in Höhe von 182,3 Mio. € und von den Kommunen in Höhe von 143,1 Mio. € aufgebracht werden. Der vom Land zu zahlende sog. „Vorwegbetrag“ ist auf 8,05 Mio. € pro Jahr festgesetzt.

Von dem Gesamtbetrag von 325,4 Mio. € entfallen 212,1 Mio. € auf die Erfüllung gesetzlicher Ansprüche. Für die Finanzierung von Neu-, Um- und Ersatzbaumaßnahmen sind 113,3 Mio. € vorgesehen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Finanzierung der Baumaßnahmen ab 2002 insgesamt von Investitionszuschüssen auf Schuldendiensthilfen – ohne Einschränkung des Bauvolumens – umgestellt worden ist.

6.2 Fachkliniken des Landes

Nach der Privatisierung der Fachkliniken werden ab 2005 nur noch die Investitionsmaßnahmen im Bereich der Forensik vom Land finanziert. Hierfür werden im Finanzplanungszeitraum 2005 - 2009 im Kapitel 1002 (MG 08 – Vollzug von Maßnahmen der Besserung und Sicherung an psychisch-, drogen- und alkoholabhängigen Straftätern/innen) 7,5 Mio. € bereitgestellt.

Darüber hinaus werden zur Abwicklung der bis einschließlich 2004 für Baumaßnahmen in den Pflegebereichen der Fachkliniken bereitgestellten Kredite im Kapitel 1005 (MG 01 – Maßnahmen zur Pflegeinfrastruktur) 6,4 Mio. €, insgesamt somit 13,9 Mio. € bereitgestellt (die Finanzierung der Baumaßnahmen ist ab 2002 von Investitionszuschüssen auf Schuldendiensthilfen umgestellt worden). Die Finanzierung der Investitionsmaßnahmen der Akut- (Krankenhaus-) Bereiche aus dem Kapitel 1013 erfolgt nach den allgemeinen Grundsätzen der Krankenhausfinanzierung.

Für die Durchführung des Maßregelvollzuges in den Fachkliniken Neustadt und Schleswig werden im Finanzplanungszeitraum 2005 - 2009 insgesamt 120,4 Mio. € bereitgestellt.

6.3 Übriges Gesundheitswesen

Es sollen bereitgestellt werden

- insgesamt 5,0 Mio. € in den Jahren 2005 bis 2009 für die dezentrale psychiatrische Versorgung; ab dem Jahre 2003 werden keine direkten Investitionszuschüsse mehr gezahlt,
- insgesamt 15,2 Mio. € in den Jahren 2005 bis 2009 für die Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs einschließlich Drogenhilfeplan,
- insgesamt 4,3 Mio. € in den Jahren 2005 bis 2009 für die Bekämpfung von Volkskrankheiten (überwiegend für Maßnahmen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS),
- insgesamt 7,1 Mio. € in den Jahren 2005 bis 2009 für die Unterhaltung des Krebsregisters,

7. Sozial-, Kinder-, Jugend- und Familienbereich

7.1 Sozialhilfe

Nach dem Inkrafttreten des SGB XII zum 01.01.2005 und der gleichzeitigen Aufhebung des BSHG sowie des GSiG sind auch die Regelungen über die Kosten der Sozialhilfe neu zu gestalten. Da das bis Ende 2004 praktizierte System der gegenseitigen Kostenbeteiligung (Quotales System) im Jahr 2005 ausgesetzt und nicht wieder aufgegriffen werden soll, richtet sich die Finanzverantwortung zunächst für das Jahr 2005 ausschließlich nach der Aufgabenverantwortung, so dass der überörtliche Träger der Sozialhilfe (Land Schleswig-Holstein) nur noch die ihm nach dem SGB XII i.V.m. § 100 BSHG obliegenden Aufgaben zu finanzieren hat.

Für das Jahr 2005 sind Ausgleichszahlungen an die Kommunen für die Ausgaben des überörtlichen Trägers (Eingliederungshilfe, Hilfe bei Krankheit pp., Hilfe zur Pflege und sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen) in Höhe von 412,5 Mio. € vorgesehen.

Das MSGF strebt an, die bisher vom Land als überörtlichem Träger wahrgenommenen Aufgaben, insbesondere die teil- und vollstationäre Eingliederungshilfe für Menschen unter 60 Jahren, ab 2006 als Selbstverwaltungsaufgabe auf die Kreise und kreisfreien Städte zu übertragen. Entsprechende Verhandlungen mit den Kommunalen Landesverbänden werden derzeit geführt. Im Rahmen einer Zuständigkeitsverlagerung soll den Kommunen ein finanzieller Ausgleich für die übertragenen Aufgaben zur Verfügung gestellt werden.

7.2 Grundsicherung

Mit der Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit in das SGB XII ist diese seit dem 1. Januar 2005 eine Leistungsart der Sozialhilfe. Entsprechend der gesetzlichen Neuregelung ist das Land (und nicht mehr die Kommunen) alleiniger Kostenträger für die Aufwendungen für in stationären Einrichtungen lebenden Grundsicherungsempfängerinnen und -empfänger, die das 60. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Hiermit entfällt einerseits die zunächst nur für die Jahre 2003 und 2004 (Abrechnung in 2005) vereinbarte Ausgleichszahlung des Landes für die von den Kommunen zu tragenden Aufwendungen (in Höhe von jeweils 14,56 Mio. €). An ihre Stelle tritt aber andererseits der Betrag, den das Land den Kommunen für den o.a. Personenkreis erstatten muss. Dieser wird deutlich über der bisher den Kommunen zugesagten Ausgleichszahlung liegen.

7.3 Kinder-, Jugend und Familienbereich

- Zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des Kinder- und Jugendschutzes - einschl. der internationalen Jugendarbeit, der Jugendarbeit im Ostseeraum und der Durchführung von Maßnahmen im Rahmen des Jugendferienwerks Schleswig-Holstein - sind im Finanzplanungszeitraum rd. 16,6 Mio. € vorgesehen.
- Für Jugendstättenbaumaßnahmen sind rd. 8,1 Mio. € Zuschüsse veranschlagt.
- Die Finanzierungsbeteiligung in der Jugendhilfe wurde zum 1.1.2001 mit einem Betrag von rd. 41,6 Mio. € als Zuweisung zu den Jugendhilfekosten in den kommunalen Finanzausgleich (§ 25d FAG) umgesetzt. Der Betrag erhöht oder vermindert sich ab 2002 gegenüber dem Vorjahresbetrag in demselben Verhältnis, wie sich die Finanzausgleichsmasse gegenüber dem Vorjahr verändert. Für präventive Maßnahmen nach § 58 JuFöG in der ab 1.1.2001 geltenden Fassung verblieben 2001 im Epl. 10 rd. 1,5 Mio. €. Dieser Betrag wird ab 2002 und für die Folgejahre unverändert fortgeschrieben und insbesondere für den Schwerpunkt der Vernetzung von Angeboten und Kooperationen von Jugendhilfe und Schule sowie besondere Maßnahmen zur Betreuung von jugendlichen Mehrfach- und Intensivtätern oder -täterinnen bereitgestellt. Diese Mittel können zur Kofinanzierung von EU- oder Bundesprogrammen verwendet werden.
- Für familienfördernde Maßnahmen des Landes (u.a. Förderung der Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz, Beratung von Problemfamilien, Familienbildungsstätten, Familienferienerholung, Baumaßnahmen in Familienferienstätten und Familienbildungsstätten) werden im Finanzplanungszeitraum rd. 16,7 Mio. € bereitgestellt.

7.4 Folgende weitere Maßnahmen sind zu erwähnen:

- Das Programm zur Modernisierung und zum Ausbau des Jugendaufbauwerks wird fortgesetzt. Hierfür werden seit 1994 im Landeshaushalt nur noch die Landesmittel (2005 bis 2009: 10,7 Mio. €) veranschlagt. Die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit für die Kosten des laufenden Betriebes des Jugendaufbauwerks werden unmittelbar den Trägern der Einrichtungen zugewiesen.

- Für die Verbraucherinsolvenzberatung, die geleistet wird von den als „geeignete Stelle“ i.S. von § 305 Insolvenzordnung anerkannten Beratungsstellen, sind im Finanzplanungszeitraum für die Mitfinanzierung der Personalkosten insgesamt 20,1 Mio. € vorgesehen. Ziel der Förderung ist der Aufbau und die Sicherstellung eines ausreichenden Angebotes an Insolvenzberatungsstellen i.S. von § 305 Insolvenzordnung, die fachlich und zeitlich in der Lage sind, die gesetzlichen Aufgaben wahrzunehmen und die von den Betroffenen in zeitlich zumutbarem Aufwand aufgesucht werden können. Daneben wird durch geeignete Präventionsmaßnahmen der zunehmenden Verschuldung insbesondere von jungen Menschen entgegengewirkt.
- Für sozialpolitisch innovative Projekte, die von den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und anderen Institutionen durchgeführt werden, stehen in den Jahren 2005 bis 2009 voraussichtlich 11,8 Mio. € zur Verfügung.
- Im Finanzplanungszeitraum sind Zuschüsse in Höhe von 10,1 Mio. € an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege für besondere soziale Maßnahmen des Landes zur Verfügung veranschlagt.
- Für Investitionen im Bereich der Behinderteneinrichtungen und Wohnheime für Behinderte sind Ausgaben in Höhe von 4,0 Mio. € vorgesehen. Die Finanzierung der Investitionszuschüsse ist seit 2002 auf Schuldendiensthilfen umgestellt worden.

7.5 Pflegeversicherung / Initiative Pflege Plus

Für die Durchführung des Landespflegegesetzes, das insbesondere die Förderung der Investitionskosten von Pflegeeinrichtungen vorsieht und zur finanziellen Entlastung Pflegebedürftiger beiträgt, ist – ohne die Pflegebereiche der öffentlich-rechtlichen Fachkliniken (vgl. Ziffer 6.2) – ein Landesanteil von rd. 102 Mio. € in den Jahren 2005 bis 2009 veranschlagt. Davon sind im Finanzplanungszeitraum rd. 8,5 Mio. € für die Initiative „Pflege geht uns alle an – Solidarität stiften – Lebensqualität im Alter fördern“ (Pflege Plus) bzw. ein Folgeprogramm zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der Qualität in der Pflege alter Menschen vorgesehen. Die Aufwendungen sind durch Einsparungen gedeckt, die durch die Pflegeversicherung im Bereich der Sozialhilfe entstehen.

8. Asyl- und Ausländerbereich

Ausgaben für den Asyl- und Ausländerbereich sind für die Jahre 2005 bis 2009 mit insgesamt 157,7 Mio. € veranschlagt.

9. Staatlicher Hochbau (ohne Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau)

Mit Wirkung vom 01.07.1999 ist die „Gebäudemanagement Schleswig Holstein“ (GMSH) in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet worden. Die GMSH nimmt die Aufgaben der bisherigen Landesbauverwaltung wahr. Die Kostenerstattung an die GMSH für Organleihe - Bau – wird aus dem EPL 12 finanziert.

Nach Übertragung der Liegenschaften auf die IB / LVSH sollen künftig große Baumaßnahmen grundsätzlich nicht mehr über den EPL 12 abgewickelt, sondern über Mieten finanziert werden. Wesentliche Ausnahmen von dieser Regelung sind insbesondere die landesfinanzierten Hochschulbauten, Spezialimmobilien und Baumaßnahmen in den Justizvollzugsanstalten sowie im Landeshaus.

Das Land ist künftig bei den übertragenen Liegenschaften nur noch anteilig für Schönheitsreparaturen und nutzerspezifische Einbauten zuständig, die aus dem WPI der GMSH finanziert werden. Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen sind mit der LVSH und der GMSH abzustimmen und über Mieten zu finanzieren. Nutzerspezifische Maßnahmen werden wie bisher im jeweiligen Ressortkapitel des EPL 12 (HG 711) pauschal veranschlagt.

Für laufende und im Planungszeitraum zu beginnende Baumaßnahmen sind ab 2005 vorgesehen (HG 7 + 8):

	2005	2006	2007	2008	2009
			- in Mio. €		
			-		
Kleine Neu-, Um- u. Erweiterungsarbeiten	5,7	10,8	10,8	9,3	9,0
Landesbau (Große Baumaßnahmen)	21,8	16,7	16,6	16,9	16,3
landesfinanzierter Hochschulbau (Große Baumaßnahmen)	9,1	6,6	3,9	1,7	0
Ersteinrichtung	0,7	0,3	0,0	0,0	0,0
Baunebenkosten	4,0	9,0	10,0	10,0	10,0

Als große, laufende und neue Vorhaben im Bereich der landesfinanzierten Maßnahmen sind in 2005 beispielhaft zu nennen:

- Neubau eines Laborgebäudes für das LANU in Neumünster, 2. BA
(Gesamtkosten ca. 4,9 Mio. €)
- Grundinstandsetzungsmaßnahmen im Altbau des IfW
(Gesamtkosten ca. 4,7 Mio. €)
- Erweiterung der Herzchirurgie am Universitätsklinikum S-H, Campus Lübeck
(Gesamtkosten ca. 2,2 Mio. €)
- Sanierung des Pharmazeutischen Instituts an der CAU Kiel
(Gesamtkosten ca. 8,7 Mio. €)
- Umbau und Sanierung der landeseigenen Liegenschaft des Polizeiautobahnreviers
Bad Oldesloe
(Gesamtkosten ca. 1,3 Mio. €)
- Grundsaniierung und Erweiterung der landeseigenen Liegenschaft des Polizeiautobahnreviers Schleswig/Schuby
(Gesamtbaukosten ca. 0,6 Mio. €)
- Universitätsklinikum S-H, Campus Kiel – Brandschutzmaßnahmen in der Hautklinik
(Gesamtbaukosten ca. 1,3 Mio. €)
- Erneuerung der Anstaltsmauer, JVA Lübeck
(Gesamtbaukosten ca. 2,0 Mio. €)

Mit dem Investitionsprogramm Justizvollzug werden auf der Basis eines mittelfristigen Bauvolumens von rd. 69,4 Mio. € die Überbelegung der Anstalten abgebaut, der dringendste Grundinstandsetzungs- und Sanierungsbedarf gedeckt sowie weitere Arbeitsmöglichkeiten für Gefangene geschaffen. Die Veranschlagung erfolgt im Kapitel 1209 in den einzelnen Titelgruppen. In der Fortsetzung des laufenden Investitionsprogramms soll ein weiterer zügiger Abbau der Überbelegung und der Modernisierung des Justizvollzuges unter besonderer Berücksichtigung der baulichen Sicherheit innerhalb eines fest vereinbarten Korridors für Justizvollzugsbauten von jährlich 10 bis 12 Mio. € fortgesetzt werden. In 2005 laufende Vorhaben sind:

- Modernisierung der Justizvollzugsanstalt Kiel
(Gesamtbaukosten ca. 12,5 Mio. €)
- Neubau Haus F der Justizvollzugsanstalt Lübeck
(Gesamtbaukosten ca. 8,1 Mio. €)

- Neubau Haus H, Frauenvollzug in der Justizvollzugsanstalt Lübeck
(Gesamtbaukosten ca. 3,0 Mio. €)
- Ver- und Entsorgung, Infrastrukturmaßnahmen bei der Justizvollzugsanstalt Neumünster
(Gesamtbaukosten ca. 4,1 Mio. €)
- Grundinstandsetzung der Küche, JVA Lübeck
(Gesamtbaukosten ca. 5,6 Mio. €)
- Neubau Küche/Arbeitsgebäude, JVA Flensburg
(Gesamtbaukosten ca. 1,0 Mio. €)

Bedeutende für 2006 eingeplante und zu erwartende große Neubeginne bei landesfinanzierten Bauvorhaben sind beispielhaft:

- Grundinstandsetzung der Küche im MWV
(Gesamtbaukosten ca. 1,5 Mio. €)
- UK S-H, Campus Lübeck - Erweiterung der Fahrdiensthalle - Gebäude 77
(Gesamtbaukosten ca. 0,6 Mio. €)
- Sicherheitskonzept für Gerichte und Staatsanwaltschaften
(Gesamtbaukosten ca. 2,4 Mio. €)
- Erneuerung des Schließsystems, 1. Teil – Verwaltungsgebäude, JVA Lübeck
(Gesamtbaukosten ca. 0,7 Mio. €)

Investitionsprogramm Justizvollzug:

- Sanierung und Modernisierung Haus C, JVA NMS
(Gesamtbaukosten ca. 6,1 Mio. €)
- Erweiterungsbau Haus D, JVA Lübeck
(Gesamtbaukosten ca. 3,7 Mio. €)

Gesamteinnahmen

	Haushalt 2005 NT-Entwurf T€	Haushalt 2006 Entwurf T€	MFP		
			2007 T€	2008 T€	2009 T€
Steuern	4.920.100,0	5.099.000,0	5.285.200	5.482.900	5.645.500
Steuerähnliche Abgaben	111.795,0	103.393,0	107.693	110.066	108.249
Länderfinanzausgleich	75.400,0	78.600,0	84.200	92.700	98.600
Bundesergänzungszuweisungen	42.700,0	92.100,0	95.400	100.500	103.900
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst	435.225,3	439.474,0	455.225	459.041	470.414
Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen (ohne LFA, BEZ)	658.879,0*	596.289,3	601.060	599.101	599.477
Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen (ohne Kreditmarktmittel)	217.293,1	224.232,5	148.607	127.246	131.152
Globale Mehreinnahmen	47.900,0	0,0	85.000	157.000	234.000
Haushaltstechnische Verrechnungen	10.658,5	22.244,2	21.244	21.277	21.272
Nettoeinnahmen	6.519.950,9	6.655.333,0	6.883.630	7.149.830	7.412.564
Kreditmarktmittel	4.476.443,6	4.065.010,6	4.586.250	3.943.957	2.944.476
Überschüsse aus Vorjahren	0,0	0,0	0	0	0
Entnahme aus Rücklagen	11.466,8	9.250,0	5.500	2.000	2.000
Gesamteinnahmen	11.007.861,3	10.729.593,6	11.475.379	11.095.787	10.359.040

*Betrag enthält Abrechnungsbeträge LFA und BEZ

Gesamtausgaben

	Haushalt 2005 NT-Entwurf T€	Haushalt 2006 Entwurf T€	MFP		
			2007 T€	2008 T€	2009 T€
Personalausgaben	3.060.969,7	3.135.189,8	3.173.611	3.246.752	3.335.535
Sächliche Verwaltungsausgaben	422.381,6	439.941,4	469.911	475.966	484.109
Schuldendienst (ohne Schuldentilgung am Kreditmarkt)	890.030,7	912.698,3	957.877	1.051.088	1.133.990
Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	3.079.248,5	2.933.731,7	3.016.604	3.170.506	3.235.287
Baumaßnahmen	125.549,6	118.536,3	118.876	114.814	114.946
Sonstige Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen	643.313,3	643.586,8	646.007	594.427	585.124
Globale Mehrausgaben	22.111,1	27.900,0	6.900	6.900	6.900
Globale Minderausgaben	-18.811,9	-6.900,0	-121.900	-329.900	-502.600
Haushaltstechnische Verrechnungen	10.658,5	22.244,2	21.244	21.277	21.272
Nettoausgaben	8.235.451,1	8.226.928,5	8.289.130	8.351.830	8.414.564
Schuldentilgung Kreditmarktmittel	2.772.010,2	2.502.665,1	3.186.250	2.743.957	1.944.476
Fehlbetrag aus Vorjahren	0,0	0,0	0	0	0
Zuführung an Rücklagen	400,0	0,0	0	0	0
Gesamtausgaben	11.007.861,3	10.729.593,6	11.475.379	11.095.787	10.359.040

Finanzierungsübersicht

	Haushalt 2005 NT-Entwurf T€	Haushalt 2006 Entwurf T€	MFP		
			2007 T€	2008 T€	2009 T€
Nettoausgaben	8.235.451,1	8.226.928,5	8.289.130	8.351.830	8.414.564
Nettoeinnahmen	6.519.950,9	6.655.333,0	6.883.630	7.149.830	7.412.564
Finanzierungssaldo	-1.715.500,2	-1.571.595,5	-1.405.500	-1.202.000	-1.002.000
zuzüglich Schuldentilgung am Kreditmarkt	2.772.010,2	2.502.665,1	3.186.250	2.743.957	1.944.476
Fehlbetrag aus Vorjahren	0,0	0,0	0	0	0
Zuführung an Rücklagen	400,0	0,0	0	0	0
Deckungslücke (ohne Kreditaufnahme)	4.487.910,4	4.074.260,6	4.591.750	3.945.957	2.946.476
Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	4.476.443,6	4.065.010,6	4.586.250	3.943.957	2.944.476
Überschüsse aus Vorjahren	0,0	0,0	0	0	0
Entnahme aus Rücklagen	11.466,8	9.250,0	5.500	2.000	2.000
Verbleibende Deckungslücke bzw. Überschuß	0,0	0,0	0	0	0
<u>nachrichtlich:</u>					
Nettokreditaufnahme	1.704.433,4	1.562.345,5	1.400.000	1.200.000	1.000.000
Steigerung der Nettoausgaben	3,7	-0,1	0,8	0,8	0,8

Steueraufkommen 2005 - 2009

	2005	2006	2007	2008	2009
	Haushaltssoll ¹⁾	Mai-Schätzung ²⁾			
Mio. €					
1. Gemeinschaftsteuern					
Lohnsteuer	1.622,7	1.638,1	1.728,0	1.821,3	1.918,3
Veranlagte Einkommensteuer	115,3	154,3	182,7	216,4	222,9
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	55,5	57,8	59,9	62,2	64,8
Körperschaftsteuer	251,2	331,4	321,5	331,2	331,1
Umsatzsteuer	1.404,3	1.390,0	1.436,7	1.471,1	1.500,2
Einfuhrumsatzsteuer	483,2	492,2	504,4	515,1	525,7
Gewerbesteuerumlage	143,1	138,7	144,5	149,1	153,6
Zinsabschlag	96,9	98,4	99,8	102,0	104,1
Summe 1.	4.172,2	4.300,9	4.477,5	4.668,4	4.820,7
2. Landessteuern					
Vermögensteuer	1,8	-	-	-	-
Erbschaftsteuer	193,7	210,4	220,9	231,4	242,0
Grunderwerbsteuer	172,1	174,2	176,3	178,5	180,6
Kraftfahrzeugsteuer	309,3	316,4	312,4	305,6	302,2
Totalisatorsteuer	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Lotteriesteuer	69,5	70,4	71,3	72,1	73,0
Feuerschutzsteuer	11,7	11,9	12,1	12,3	12,5
Biersteuer	14,3	14,3	14,2	14,1	14,0
Globale Steuermindereinnahmen	-	-	-	-	-
Summe 2.	747,9	798,1	807,7	814,5	824,8
Summe 1. + 2.	4.920,1	5.099,0	5.285,2	5.482,9	5.645,5
3. LFA	81,4	78,6	84,2	92,7	98,6
3.1 Abrechnung LFA IV. Quartal 2004	-	6,0	-	-	-
Summe 3	75,4	78,6	84,2	92,7	98,6
4. BEZ	94,4	92,1	95,4	100,5	103,9
4.1 Abrechnung BEZ IV. Quartal 2004	-	51,7	-	-	-
Summe 4	42,7	92,1	95,4	100,5	103,9
Summe 3. + 4.	118,1	170,7	179,6	193,2	202,5
5. Insgesamt	5.038,2	5.269,7	5.464,8	5.676,1	5.848,0

¹⁾ Einschließlich Nachtragsentwurf 2005

²⁾ Regionalisiertes Ergebnis des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 10. - 12.05.2005

Bedeutsame nichtinvestive Ausgaben aufgrund von Bundesgesetzen

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2005 incl. Nachtrag Mio. €	Entwurf 2006 Mio. €	P l a n u n g		
				2007 Mio. €	2008 Mio. €	2009 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
0407 (TG 62 o. 883 62)	Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	27,0	25,5	25,5	25,5	25,5
0416 - 633 01	Wohngeld	120,0	99,4	109,3	120,2	132,2
0602 - MG 03	Berufliche Aufstiegsförderung	4,3	4,7	4,6	4,6	4,6
0607 - MG 02 /TG 71	Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr	42,6	45,7	40,8	41,6	42,9
0607 - MG 02 /TG 73	Unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im Personenverkehr	11,0	12,1	12,3	12,6	12,8
0902, 0904-6, 0908 526 11-16	Auslagen in Rechtssachen	74,7	77,6	81,7	85,9	90,0
1003 - 533 02	Beweiserhebung	2,5	2,6	2,6	2,7	2,7
1003 - 633 04	Kriegsopferfürsorge (Landesanteil)	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
1004 - 671 03	Beiträge an die Unfallkasse Schleswig-Holstein	5,8	6,0	6,2	6,2	6,2
1005- 633 10	Erstattungen an Kreise und Gemeinden in Verbindung mit dem Grundsicherungsgesetz	41,0	41,0	41,0	41,0	41,0
1005 - TG 65	Sozialhilfe	541,2	491,5	508,7	526,4	544,7
1008 - 526 06	Auslagen in Rechtssachen	2,3	2,4	2,6	2,8	3,1
1012 - 633 01	Erstattungen an Kreise und kreis- freie Städte im Rahmen des Un- terhaltsvorschussgesetzes	35,8	24,6	25,4	26,2	27,1
1111 - 631 01	Zuschuss an den Bundeshaushalt gem. § 6 LAG	0,8	0,7	0,6	0,5	0,5

Aufteilung der Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2005 bis 2009
- nach Haushaltsansätzen -

Gegenstand	2005	2006	2007	2008	2009
	Haushalt	Entwurf	MFP		
	T€				
I. Vorwegabzüge (§ 7 Abs. 1 FAG)					
1. Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen (Tit. 613 03)	1.022,6	500,0	500	500	500
(Tit. 613 04)	10.000,0	17.000,0	17.000	17.000	17.000
(Tit. 883 01)	6.872,7	500,0	500	500	500
2. Zuweisung an den Förderfonds Hamburg-Schleswig-Holsteir (Tit. 883 16)	3.068,0	1.278,0	1.278	1.278	1.278
3. Kommunalen Schulbaufonds (MG 01)	30.677,5	31.000,0	31.000	31.000	31.000
4. Theater und Orchester					
4.1 Betriebskostenzuweisungen (Tit. 633 03)	35.707,0	36.700,0	37.800	38.900	40.100
5. Zuweisungen zu den Straßenbaulasten					
5.1 Unterhaltung und Instandsetzung von Gemeindestraßen (Tit. 633 01)	1.610,6	1.700,0	1.700	1.700	1.700
5.2 Um- und Ausbau von Gemeindestraßen (Tit. 883 02)	1.968,5	1.900,0	1.900	1.900	1.900
5.3 Unterhaltung und Instandsetzung von Kreisstraßen und Ortsdurchfahrten (Tit. 633 02)	14.725,2	15.150,0	15.150	15.150	15.150
5.4 besondere Straßenbaumaßnahmen (Tit. 883 03)	5.215,2	5.250,0	5.250	5.250	5.250
6. Zuweisungen zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (Tit. 633 04)	5.113,0	5.000,0	5.000	5.000	5.000
7. Zuweisungen zur Förderung von Frauenhäusern (Tit. 633 05)	4.201,0	4.300,0	4.365	4.430	4.500
8. Zuweisungen zu den Lasten der Grundsicherung (Tit. 633 06)	11.000,0	11.000,0	11.000	11.000	11.000
9. Zuweisungen zur Förderung des Büchereiwesens (Tit. 633 07)	7.032,0	7.100,0	7.313	7.533	7.759
10. Zuweisungen zu den Jugendhilfekosten (Tit. 633 08)	42.573,4	45.600,0	52.002	51.127	52.609
11. Zuweisungen für Kindertageseinrichtungen (Tit. 633 10)	60.000,0	60.000,0	60.000	60.000	60.000
12. Zuweisungen zur Förderung von Verwaltungszusammenschlüssen (Tit. 613 07)	-	5.000,0	5.000	5.000	-
13. Zuweisungen für gemeindliche Gebietsänderungen (Tit. 613 08)	-	1.000,0	1.000	1.000	1.000
Summe I	240.786,7	249.978,0	257.758	258.268	256.246

Gegenstand	2005	2006	2007	2008	2009
	Haushalt	Entwurf	MFP		
	T€				
II. Prozentual aufzuteilender Betrag (§§ 7 Abs. 2 und 8 - 15 FAG)					
Davon entfallen auf					
a) Schlüsselzuweisungen (Tit. 613 06)	773.069,5	708.268,5	712.134	814.198	846.201
b) Zuweisungen für Investitionsmaßnahmen (Tit. 883 15)	71.815,2	65.795,4	66.154	75.636	78.609
Summe II	844.884,7	774.063,9	778.288	889.834	924.810
Finanzausgleichsmasse	1.085.671,4	1.024.041,9	1.036.046	1.148.102	1.181.056
Zuwachs in v.H.					
FAG-Masse	10,3	- 5,7	1,2	10,8	2,9
Schlüsselzuweisungen	12,3	- 8,4	0,5	14,3	3,9
III. Berechnung der FAG-Masse					
Steuern, LFA und BEZ	5.579.100,0	5.118.600,0	5.307.700,0	5.514.200,0	5.681.400,0
- Familienleistungsausgleich	- 74.200,0	- 72.700,0	- 74.500	- 76.000	- 77.600
Verbundmasse	5.504.900,0	5.045.900,0	5.233.200	5.438.200	5.603.800
FAG-Masse (19,79 v.H. ab 2006 19,90 v.H.)	1.089.419,7	1.004.134,1	1.041.407	1.082.202	1.115.156
- Finanzierungsbeitrag	65.900,3	67.300,0	72.400,0	65.900,0	65.900,0
- Teilabrechnung 2002	- 14.648,6	-			
- Abrechnung 2003	- 25.000,0	- 22.560,1			
- Abrechnung 2004	-	3.231,9			
- Abrechnung 2005	- 30.000,0	- 30.000,0	- 77.760,8		
- Abrechnung FLA 2002		1.269,2			
- Abrechnung FLA 2003		666,8			
Finanzausgleichsmasse	1.085.671,4	1.024.041,9	1.036.046	1.148.102	1.181.056
Nachrichtlich:					
Familienleistungsausgleich					
- lfd. Jahr -	74.200,0	72.700,0	74.500	76.000	77.600
- Abrechnung 2002		- 6.416,4			
- Abrechnung 2003		- 3.371,0			

Sachinvestitionen und Investitionsfördermaßnahmen

Bezeichnung	NT-Entwurf	Entwurf	Planung	Planung	Planung
	2005	2006	2007	2008	2009
	Mio €				
1	2	3	4	5	6
Sachinvestitionen					
Baumaßnahmen (Hauptgruppe7)	125,6	118,5	118,9	114,8	114,9
Erwerb von beweglichen und unbeweglichen Sachen (Obergruppen 81 und 82)	41,8	49,3	102,8	65,4	51,8
Investitionsfördermaßnahmen					
Erwerb von Beteiligungen (Obergruppe 83)	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Darlehen und Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV) und Zweckverbände (Obergruppen 85 und 88)	379,1	368,7	314,7	305,8	309,4
Darlehen und Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche (Obergruppen 86 und 89)	209,2	213,2	215,1	209,3	209,6
Inanspruchnahme von Gewährleistungen (Obergruppe 87)	13,1	12,4	13,4	13,9	14,3
Summe	768,8	762,1	764,9	709,2	700,0

Ausgaben
für wesentliche Aufgabenbereiche nach Einzelplänen

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2005 incl. Nach- tragsentwurf Mio. €	Entwurf 2006 Mio. €	P l a n u n g		
				2007 Mio. €	2008 Mio. €	2009 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
<u>Einzelplan 03</u>						
- Ministerpräsident, Staatskanzlei -						
<u>Kap. 0303</u>						
684 01	Personalkostenzuschüsse an Kirchen	11,4	11,6	12,4	12,8	13,2
<u>Kap. 0306</u>						
684 10 MG 08	SH Musik Festival	1,7	1,5	1,7	1,7	1,7
<u>Einzelplan 04</u>						
- Innenministerium -						
<u>Kap. 0402</u>	Sportförderung	4,3	6,3	6,3	6,3	6,3
<u>Kap. 0407</u>						
633 62	Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0
<u>Kap. 0410</u>						
811 01 ff.	Investiver Polizeihaushalt	5,4	9,9	12,0	10,7	15,6
TG 63	Digitalfunk	0,0	0,5	47,6	19,3	7,9
<u>Kap. 0416</u>						
633 01	Wohngeld	120,0	99,4	109,3	120,2	132,2
MG 01	Wohnraumförderung	10,4	7,2	7,8	6,7	7,0
MG 02	Wohnungsbauförderung im 2. Förderungsweg	1,9	1,4	1,0	0,7	0,3
MG 04	Städtebauförderung	14,7	15,0	15,1	17,3	20,1
<u>Einzelplan 06</u>						
- Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr -						
<u>Kap. 0602</u>						
871 01	Inanspruchnahme aus Gewährleistungszusagen im Rahmen des Existenzgründerinnenprogramm	0,3	0,4	0,6	0,7	0,8
871 02	Beteiligungssofortprogramm für Arbeitsplätze	0,1	0,0	0,8	1,2	1,5
883 33	Kommunaler Straßenbau (Bundesmittel)	29,6	30,1	34,5	29,5	29,5
892 05	Wettbewerbshilfen für schlesw.-holst. Werften	10,6	7,5	4,5	2,5	2,5

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2005 incl. Nach- tragsentwurf Mio. €	Entwurf 2006 Mio. €	P l a n u n g		
				2007 Mio. €	2008 Mio. €	2009 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
MG 02	Aus- und Weiterbildung	2,9	3,3	4,4	6,8	6,8
MG 03	Berufliche Aufstiegsfortbildung	4,6	4,7	4,6	4,6	4,6
MG 04	Beratungs- und Informations- wesen des mittelständischen Gewerbes	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
MG 06	Werbemaßnahmen im Interesse der gewerbl. Wirtschaft	2,3	2,7	2,7	2,7	2,7
MG 07	Förderung von Forschung, Ent- wicklung und Innovation zur Stär- kung der Wirtschaft	4,4	4,6	4,2	4,2	4,2
MG 08	Informationswirtschaft und Multimedia	1,2	1,8	1,2	0,4	0,4
MG 15	Regionalprogramm 2000	37,9	42,6	0,2	3,0	0,0
TG 61	Tourismus	1,7	1,8	1,8	1,8	1,8
<u>Kap. 0603</u>	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	22,3	20,2	21,3	22,8	21,3
<u>Kap. 0604</u>						
685 01	Betriebszuschüsse für den Lan- desbetrieb Straßenbau und Ver- kehr SH	54,9	58,8	58,9	58,8	58,8
894 01	Investitionszuschüsse für den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr SH	28,1	3,8	3,6	3,8	3,8
<u>Kap. 0605</u> 711 01 ff.	Baumaßnahmen in landeseigenen Häfen sowie Erwerb von Fahrzeu- gen und Geräten pp.	4,8	2,2	1,3	1,2	1,3
<u>Kap. 0607</u> MG 02	Maßnahmen aus Regionalisie- rungsmitteln	214,4	218,2	221,5	224,9	228,3
TG 65	Öffentlicher Personennahverkehr (Bundesmittel)	13,9	13,1	8,8	13,8	13,8
TG 71	Ausgleichsleistungen im Ausbil- dungsverkehr	25,1	28,2	23,3	24,1	25,4
TG 73	Fahrgelderstattung für die unent- geltliche Beförderung Schwerbe- hinderter im öffentlichen Perso- nennahverkehr	2,4	4,1	4,2	4,3	4,4
<u>Kap. 0620</u> MG 02	Zuschuss für das Universitätsklini- kum Schleswig-Holstein	134,6	135,1	134,4	134,4	134,4

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2005 incl. Nach- tragsentwurf Mio. €	Entwurf 2006 Mio. €	P l a n u n g		
				2007 Mio. €	2008 Mio. €	2009 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
MG 06	Zuschüsse an die Hochschulen des Landes	233,6	236,4	235,4	235,4	235,4
<u>Kap. 0624</u>						
MG 01	Ausbildungsförderung	58,0	60,0	60,0	60,0	60,0
<u>Einzelplan 07</u>						
- Ministerium für Bildung und Frauen -						
<u>Kap.0704</u>						
MG 01	Vorschulische Sprachförderung	-	3,0	6,0	6,0	6,0
<u>Kap. 0707</u>						
MG 02	Stärkung einer frauenfördernden Infrastruktur	2,1	1,9	2,1	2,1	2,1
<u>Kap. 0710</u>						
MG 07	Zuschüsse an dt. Privatschulen	36,5	37,3	38,0	38,6	38,9
MG 09	Zuschüsse an Schulen der dänischen Minderheit	26,1	26,0	26,0	27,0	27,4
<u>Kap. 0711 bis 0716</u>	Personalkosten Lehrer	1.116,5	1.124,8	1.129,9	1.135,3	1.146,3
<u>Einzelplan 09</u>						
- Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa -						
<u>Kap. 0910</u>						
Arbeitsmarktförderung						
MG 01	Jugendaufbauwerk	2,0	2,2	2,2	2,2	2,2
MG 02	Zusätzliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (ESF)	4,9	7,9	4,8	3,0	0,0
MG 03	Arbeitsmarktpolitische Maßnah- men „ASH III“ und ASH 2000	1,2	1,0	1,1	0,6	0,0
<u>Einzelplan 10</u>						
- Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren -						
<u>Kap. 1002</u>						
684 03	An Verbände für Einrichtungen der dezentralen psychiatrischen Versorgung	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
MG 08	Maßregelvollzug	22,2	24,4	25,9	28,2	30,5
TG 61	Bekämpfung des Sucht- mittelmissbrauchs	2,8	3,1	3,1	3,1	3,1
TG 62	Besondere präventive und gesundheitspolitische Maßn.	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9
<u>Kap. 1003</u>						
633 04	Landesanteil an den Ausgaben der Kriegsoferfürsorge	2,2	2,2	2,1	2,1	2,1

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2005 incl. Nach- tragsentwurf Mio. €	Entwurf 2006 Mio. €	P l a n u n g		
				2007 Mio. €	2008 Mio. €	2009 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
681 01	Impfschäden	3,7	3,6	3,7	3,8	3,9
<u>Kap. 1004</u>						
671 03	Unfallversicherung	5,8	6,0	6,2	6,2	6,2
MG 08	Leistungen nach dem Bundesent- schädigungsgesetz	9,9	9,8	9,5	9,2	8,9
<u>Kap. 1005</u>						
633 02	Landesblindengeld	21,1	19,2	19,3	19,3	19,4
633 03/684 10	Verbraucherinsolvenzberatung	3,5	3,8	4,0	4,3	4,5
633 10	Grundsicherungsgesetz	41,0	41,0	41,0	41,0	41,0
MG 01	Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfra- struktur	20,5	20,3	21,3	22,4	23,7
MG 05	Förderung des „Freiwilligen Sozia- len Jahres“	0,8	0,9	1,0	1,0	1,0
MG 06	Zuschüsse an soz. Einrichtungen aus dem Ertrag „Spiel 77“ und Losbrieflotterie	2,1	2,0	2,0	2,0	2,0
TG 62	Besondere soziale Maßnahmen	2,4	2,3	2,3	2,4	2,4
TG 63	Behinderteneinrichtungen u. Wohnheime für Behinderte	0,4	0,6	0,8	1,0	1,2
TG 65	Sozialhilfe	541,2	491,5	508,7	526,4	544,7
<u>Kap. 1007</u>						
MG 01	Atomrechtliche Verfahren	20,4	20,3	26,3	27,5	28,5
<u>Kap. 1012</u>						
	Kinder, Jugend, Familie, Landes- jugendamt					
633 01	Unterhaltsvorschuss (Erstattun- gen)	35,8	24,6	25,4	26,2	27,1
MG 01	Weiterentwicklung der Kinder- u. Jugendhilfe durch Fachveranstal- tungen sowie Maßnahmen der Qualifikation und Fortbildung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
MG 03	Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit Kinder- und Jugendschutz	3,4	3,3	3,3	3,3	3,3
MG 04	Familienförderung	3,2	3,1	3,2	3,2	3,2
MG 05	Investive Maßnahmen in der Jugendhilfe	0,7	1,0	2,7	2,7	2,2
MG 06	Präventive Maßnahmen, Finanzie- rungsbeteiligung gem. JuFöG	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
MG 07	Hilfe zur Erziehung	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2005 incl. Nach- tragsentwurf Mio. €	Entwurf 2006 Mio. €	P l a n u n g		
				2007 Mio. €	2008 Mio. €	2009 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
<u>Kap. 1013</u>						
623 02	Schuldendiensthilfen an Krankenhausträgerinnen/Krankenhausträger	14,8	17,3	22,3	26,6	32,3
883 02	Erfüllung gesetzlicher Ansprüche nach dem KHG	40,5	42,3	42,3	43,5	43,5
<u>Kap. 1016</u>						
684 04	Ausbildung in der Altenpflege	2,0	3,7	3,7	3,8	3,8
<u>Einzelplan 11</u>						
- Allgemeine Finanzverwaltung -						
<u>Kap. 1102</u>						
	Kommunaler Finanzausgleich	1.085,7	1.024,0	1.036,0	1.148,1	1.181,1
	Zuweisung Familienleistungsausgleich	74,2	62,9	74,5	76,0	77,6
<u>Kap. 1104</u>						
MG 01	Inanspruchnahme aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen	12,0	12,0	12,0	12,0	12,0
<u>Kap. 1111</u>						
631 01	Zuschuss an den Bundeshaushalt gem. § 6 LAG	0,8	0,7	0,6	0,5	0,5
893 01	Schleswig-Holstein Fonds	35,0	80,0	100,0	100,0	100,0
TG 64	Regionalprogramm 2000					
	Epl. 03	-	0,1	0,1	0,1	-
	Epl. 04	0,1	0,3	0,1	-	-
	Epl. 06	0,3	0,6	0,2	-	-
	Epl. 11	1,5	5,6	1,5	1,6	-
<u>Einzelplan 12</u>						
-Hochbaumaßnahmen des Landes -						
<u>Kap. 1212</u>						
TG 70 - 82	Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	61,4	55,0	61,4	61,4	61,4
<u>Kap. 1209</u>						
	Investitionsprogramm Justizvollzug	12,7	10,4	10,9	10,0	8,1
<u>Einzelplan 13</u>						
- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume -						
<u>Kap. 1313</u>						
MG 01	Naturschutz Biologischer Flächenschutz, NATURA 2000 und Artenschutz (Oberflächenwasserabgabe)	8,8	8,0	8,0	8,0	8,0
MG 02	Biologischer Flächenschutz, NATURA 2000 und Artenschutz	2,2	2,3	2,3	2,3	2,3
MG 20	Vertragsnaturschutz, NATURA 2000 und Halligprogramm (Abwasserabgabe)	3,7	4,2	4,9	5,7	6,5

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2005 incl. Nach- tragsentwurf Mio. €	Entwurf 2006 Mio. €	P l a n u n g		
				2007 Mio. €	2008 Mio. €	2009 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
	und Grundwasserentnahmeabgabe)					
MG 23	Vertragsnaturschutz und Halligprogramm	4,2	4,7	6,9	8,5	10,3
Kap. 1314	Forstwirtschaft, Jagd					
MG 06	Waldbauliche Förderungsmaßnahmen	1,1	1,6	1,7	1,4	1,4
<u>Kap. 1315</u>	Wasserwirtschaft, mariner Naturschutz					
MG 01	Verbesserung der Gewässergüte nach dem Abwasserabgabengesetz (Abwasserabgabe)	4,3	8,5	7,8	8,0	7,9
MG 03	Naturnahe Umgestaltung und Pflege der Fließgewässer (Abwasserabgabe)	2,0	2,1	2,5	2,5	2,5
MG 04	Bekämpfung von Meeresverschmutzungen (Abwasserabgabe)	8,1	8,0	8,1	8,0	8,0
MG 20	Grundwasserschutz, Grundwasserbewirtschaftung, Wasserversorgung (Grundwasserentnahmeabgabe)	7,4	8,8	11,0	11,0	11,7
MG 34	Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung, Deiche und Schöpfwerke (Oberflächenwasserabgabe)	5,3	5,3	5,3	5,3	5,3
TG 65	Nationalpark-Service	2,1	2,3	3,0	2,4	2,3
<u>Kap. 1316</u>	Abfallwirtschaft, Bodenschutz und Altlasten					
MG 06	Maßnahmen des Ministeriums auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft, des Bodenschutzes und der Altlastensanierung	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5
MG 09	Abfallvermeidung, Stoffwirtschaft, Abfallwirtschaft, Altlastensanierung und Bodenschutz	3,2	3,0	3,2	4,3	2,5
<u>Kap. 1317</u>	Landwirtschaft, Fischerei					
MG 03	Maßnahmen zur Förderung der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein	2,1	2,3	0,5	0,5	0,5
MG 10	Zuwendungen der EU für Strukturmaßnahmen im Fischereisektor (FI-AF/EFF)	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
MG 20	Aufwendungen für landwirtschaftliche Berufsfach- und Fachschulen	0,9	2,4	2,4	2,4	2,4
MG 21	Zuwendungen an die Landwirtschaftskammer	5,8	6,3	6,4	6,4	6,4
<u>Kap. 1318</u>	Nachhaltige Entwicklung / Agenda 21					
MG 01	Akademie für Natur und Umwelt	0,4	1,0	1,0	1,0	1,0
<u>Kap. 1319</u>	Verbraucherschutz					
MG 03	Landesbetrieb "Landeslabor"	9,9	9,8	10,7	10,9	11,0

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2005 incl. Nach- tragsentwurf Mio. €	Entwurf 2006 Mio. €	P l a n u n g		
				2007 Mio. €	2008 Mio. €	2009 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
<u>Kap. 1320</u>	- Gemeinschaftsaufgabe -					
MG 03	Einzelbetriebliche Maßnahmen u. ländliche Siedlung	14,1	13,7	13,7	13,7	13,7
MG 04	Verbesserung der Marktstruktur	2,5	2,0	2,0	2,0	2,0
MG 05	Wasserwirtschaftliche/kulturbau- technische Maßnahmen	3,6	5,6	5,6	5,6	5,6
MG 06	Forstliche Maßnahmen	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2
MG 08	Küstenschutz	24,6	25,8	25,8	25,8	25,8
MG 09	Integrierte ländliche Entwicklung	0,0	7,7	7,7	7,7	7,7
MG 10	Dorferneuerung	5,9	0,0	0,0	0,0	0,0
MG 13	Maßnahmen aus dem EAGFL / Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes	23,3	0,0	0,0	0,0	0,0
MG 14	Maßnahmen im Rahmen der Mo- dulation	7,7	7,7	7,7	7,7	7,7
<u>Kap. 1352</u>	Ämter für ländliche Räume					
MG 03	An den Bund zur Unterhaltung von Sperrwerken	1,6	2,2	2,3	2,4	1,8

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1	Einnahmen der laufenden Rechnung (Ziff. 11-17)	2005	6.905.538,4	
		2006	6.397.593,3	
		2007	6.618.080,2	
		2008	6.835.369,0	
		2009	7.016.868,0	
11	Steuern und EU-Eigenmittel	2005	5.490.100,0	
		2006	5.099.000,0	
		2007	5.285.200,0	
		2008	5.482.900,0	
		2009	5.645.500,0	
1101	Lohnsteuer	2005	2.061.400,0	011
		2006	1.638.100,0	
		2007	1.728.000,0	
		2008	1.821.300,0	
		2009	1.918.300,0	
1102	Veranlagte Einkommensteuer	2005	149.300,0	012
		2006	154.300,0	
		2007	182.700,0	
		2008	216.400,0	
		2009	222.900,0	
1103	Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag, Körperschaftsteuer	2005	545.300,0	013, 014, 018
		2006	487.600,0	
		2007	481.200,0	
		2008	495.400,0	
		2009	500.000,0	
1104	Umsatzsteuer	2005	1.886.400,0	015, 016
		2006	1.882.200,0	
		2007	1.941.100,0	
		2008	1.986.200,0	
		2009	2.025.900,0	
1105	Gewerbsteuerumlage	2005	164.100,0	017
		2006	138.700,0	
		2007	144.500,0	
		2008	149.100,0	
		2009	153.600,0	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1106	EU-Eigenmittel	2005	--	21-24
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
1107	Tabaksteuer	2005	--	032
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
1108	Mineralölsteuer	2005	--	031
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
1109	Sonstige Bundessteuern	2005	--	033-049
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
1110	Lastenausgleichsabgaben	2005	--	
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
1111	Vermögensteuer	2005	4.400,0	051
		2006	0,0	
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
1112	Kraftfahrzeugsteuer	2005	295.300,0	054
		2006	316.400,0	
		2007	312.400,0	
		2008	305.600,0	
		2009	302.200,0	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1113	Biersteuer	2005	15.100,0	061
		2006	14.300,0	
		2007	14.200,0	
		2008	14.100,0	
		2009	14.000,0	
1114	Sonstige Landessteuern	2005	368.800,0	052, 053, 055- 059, 069
		2006	467.400,0	
		2007	481.100,0	
		2008	494.800,0	
		2009	508.600,0	
1115	Gemeindeanteil an der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer	2005	--	071
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
1116	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2005	--	076
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
1117	Gemeindeanteil am Zinsabschlag	2005	--	078
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
1118	Grundsteuer	2005	--	072-073
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
1119	Gewerbsteuer	2005	--	075-077
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1120	Sonstige Gemeindesteuern	2005	--	081-089
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
12	Steuerähnliche Abgaben (ohne Muenzeinnahmen)	2005	111.795,0	09 (ohne 092)
		2006	103.393,0	
		2007	107.693,0	
		2008	110.066,0	
		2009	108.249,0	
13	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	2005	164.001,3	12
		2006	185.822,0	
		2007	194.473,1	
		2008	198.025,5	
		2009	206.690,5	
14	Zinseinnahmen	2005	194,5	
		2006	173,6	
		2007	164,3	
		2008	155,0	
		2009	149,0	
141	vom öffentlichen Bereich	2005	0,6	
		2006	0,5	
		2007	1,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
1411	von Ländern	2005	--	152
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
1412	von Gemeinden (GV.)	2005	0,6	153
		2006	0,5	
		2007	1,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1413	von Zweckverbänden	2005	0,0	157
		2006	0,0	
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
1414	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2005	--	151, 154, 156
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
142	von anderen Bereichen	2005	193,9	16
		2006	173,1	
		2007	163,3	
		2008	155,0	
		2009	149,0	
15	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)	2005	922.796,7	
		2006	784.990,6	
		2007	797.743,8	
		2008	810.487,3	
		2009	819.836,3	
151	vom öffentlichen Bereich	2005	837.445,8	
		2006	695.582,8	
		2007	709.174,7	
		2008	731.348,3	
		2009	750.563,3	
1511	vom Bund	2005	630.343,3	211, 231
		2006	546.851,7	
		2007	554.684,0	
		2008	568.254,3	
		2009	581.216,3	
1512	Länderfinanzausgleich	2005	137.000,0	212
		2006	78.600,0	
		2007	84.200,0	
		2008	92.700,0	
		2009	98.600,0	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1513	sonstige von Ländern	2005	12.771,1	232
		2006	14.019,7	
		2007	14.015,8	
		2008	13.750,0	
		2009	13.735,0	
1514	von Gemeinden (GV.)	2005	55.887,1	213, 233
		2006	54.769,2	
		2007	54.905,4	
		2008	55.269,0	
		2009	55.637,0	
1515	von Zweckverbänden	2005	88,7	217, 237
		2006	88,7	
		2007	89,0	
		2008	89,0	
		2009	89,0	
1516	von Sozialversicherungsträgern	2005	1.355,6	216, 235, 236
		2006	1.253,5	
		2007	1.280,5	
		2008	1.286,0	
		2009	1.286,0	
1517	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2005	0,0	214, 234
		2006	0,0	
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
152	von anderen Bereichen	2005	85.350,9	112, 27, 28
		2006	89.407,8	
		2007	88.569,1	
		2008	79.139,0	
		2009	69.273,0	
16	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben	2005	18.907,2	
		2006	24.572,2	
		2007	25.489,8	
		2008	24.388,0	
		2009	24.715,0	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
161	Schuldendiensthilfen vom öffentlichen Bereich	2005	9.568,0	
		2006	7.112,0	
		2007	7.788,0	
		2008	6.648,0	
		2009	6.930,0	
1611	vom Bund	2005	9.568,0	221
		2006	7.112,0	
		2007	7.788,0	
		2008	6.648,0	
		2009	6.930,0	
1612	von Ländern	2005	--	222
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
1613	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2005	--	223-227
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
162	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben von anderen Bereichen	2005	9.339,2	26
		2006	17.460,2	
		2007	17.701,8	
		2008	17.740,0	
		2009	17.785,0	
17	Sonstige Einnahmen der laufenden Rechnung	2005	197.743,7	
		2006	199.641,9	
		2007	207.316,2	
		2008	209.347,2	
		2009	211.728,2	
171	Gebühren, sonstige Entgelte	2005	184.788,0	111
		2006	188.582,6	
		2007	196.365,0	
		2008	198.906,0	
		2009	201.347,0	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
172	Sonstige Einnahmen	2005	12.955,7	119
		2006	11.059,3	
		2007	10.951,2	
		2008	10.441,2	
		2009	10.381,2	
2	Einnahmen der Kapitalrechnung (Ziff. 21-25)	2005	233.738,4	
		2006	235.495,5	
		2007	159.305,0	
		2008	136.184,3	
		2009	140.423,5	
21	Veräußerung von Sachvermögen	2005	3.470,9	131, 132
		2006	3.394,3	
		2007	2.823,0	
		2008	2.213,8	
		2009	2.196,0	
22	Vermögensübertragungen	2005	221.628,7	
		2006	222.758,5	
		2007	147.545,0	
		2008	126.526,5	
		2009	130.770,5	
221	Zuweisungen für Investitionen vom öffentlichen Bereich	2005	146.284,4	
		2006	145.342,8	
		2007	141.565,0	
		2008	121.446,5	
		2009	125.690,5	
2211	vom Bund	2005	118.667,9	331
		2006	119.346,8	
		2007	113.104,9	
		2008	90.227,0	
		2009	91.622,0	
2212	von Ländern	2005	104,0	332
		2006	104,0	
		2007	104,0	
		2008	104,0	
		2009	104,0	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
2213	von Gemeinden (GV.)	2005	27.512,5	333
		2006	25.892,0	
		2007	28.356,1	
		2008	31.115,5	
		2009	33.964,5	
2214	von Sozialversicherungsträgern	2005	0,0	336
		2006	0,0	
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
2215	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2005	0,0	334; 337
		2006	0,0	
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
222	Zuschüsse für Investitionen von anderen Bereichen	2005	75.344,3	34
		2006	77.415,7	
		2007	5.980,0	
		2008	5.080,0	
		2009	5.080,0	
2221	von Sozialversicherungsträgern	2005	--	
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
2222	von Sonstigen	2005	--	
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
223	Sonstige Vermögensübertragungen	2005	0,0	
		2006	0,0	
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
2231	vom Bund	2005	--	291
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
2232	von Ländern	2005	--	292
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
2233	von Gemeinden (GV.)	2005	--	293
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
2234	von anderen Bereichen	2005	0,0	297-299
		2006	0,0	
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
23	Darlehensrückflüsse	2005	6.338,8	
		2006	7.159,7	
		2007	6.894,0	
		2008	5.694,0	
		2009	5.687,0	
231	vom öffentlichen Bereich	2005	608,1	
		2006	1.085,8	
		2007	527,0	
		2008	425,0	
		2009	527,0	
2311	von Ländern	2005	--	172
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
2312	von Gemeinden (GV.)	2005	128,1	173
		2006	665,8	
		2007	107,0	
		2008	5,0	
		2009	107,0	
2313	von Zweckverbänden	2005	480,0	177
		2006	420,0	
		2007	420,0	
		2008	420,0	
		2009	420,0	
2314	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2005	--	171, 174, 176
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
232	von anderen Bereichen	2005	5.730,7	
		2006	6.073,9	
		2007	6.367,0	
		2008	5.269,0	
		2009	5.160,0	
2321	von Sonstigen im Inland	2005	5.715,7	141, 181, 182
		2006	6.063,9	
		2007	6.357,0	
		2008	5.259,0	
		2009	5.150,0	
2322	vom Ausland	2005	15,0	146, 186
		2006	10,0	
		2007	10,0	
		2008	10,0	
		2009	10,0	
24	Veräußerungen von Beteiligungen u. dgl.	2005	361,0	133, 134
		2006	709,0	
		2007	981,0	
		2008	1.031,0	
		2009	1.389,0	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
25	Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich	2005	1.939,0	
		2006	1.474,0	
		2007	1.062,0	
		2008	719,0	
		2009	381,0	
251	vom Bund	2005	1.939,0	311
		2006	1.474,0	
		2007	1.062,0	
		2008	719,0	
		2009	381,0	
252	von Ländern	2005	--	312
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
253	von Gemeinden/Gv	2005	--	313
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
254	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2005	--	314, 317
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
3	Globale Mehreinnahmen	2005	200.000,0	
		2006	0,0	
		2007	85.000,0	
		2008	157.000,0	
		2009	234.000,0	
3000	Globale Mehreinnahmen - soweit nicht aufgeteilt	2005	200.000,0	37
		2006	0,0	
		2007	85.000,0	
		2008	157.000,0	
		2009	234.000,0	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
4	Gesamteinnahmen (Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge - Ziff. 1 bis 3 -)	2005	7.339.276,8	
		2006	6.633.088,8	
		2007	6.862.385,2	
		2008	7.128.553,3	
		2009	7.391.291,5	
5	Besondere Finanzierungsvorgänge	2005	3.429.646,3	
		2006	4.074.260,6	
		2007	4.591.749,6	
		2008	3.945.957,0	
		2009	2.946.476,0	
51	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	2005	3.423.646,3	32
		2006	4.065.010,6	
		2007	4.586.249,6	
		2008	3.943.957,0	
		2009	2.944.476,0	
52	Entnahme aus Rücklagen	2005	6.000,0	35
		2006	9.250,0	
		2007	5.500,0	
		2008	2.000,0	
		2009	2.000,0	
53	Überschüsse aus Vorjahren	2005	0,0	36
		2006	0,0	
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
54	Münzeinnahmen	2005	--	092
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
6	Zu- und Absetzungen	2005	10.650,5	
		2006	22.244,2	
		2007	21.244,3	
		2008	21.277,0	
		2009	21.272,0	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
61	./ . Schätzung für Leertitel	2005	--	
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
62	./ . Sonderhaushalte	2005	--	
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
63	./ . Bruttostellungen	2005	--	
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
64	+Nettostellungen (Verrechnungen u. ä.)	2005	10.650,5	
		2006	22.244,2	
		2007	21.244,3	
		2008	21.277,0	
		2009	21.272,0	
7	Abschluss-summe der Haushalte (Ziff. 4+5+6)~ (Ziff. 4 + 5 + 6)	2005	10.779.573,6	
		2006	10.729.593,6	
		2007	11.475.379,1	
		2008	11.095.787,3	
		2009	10.359.039,5	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1	Ausgaben der laufenden Rechnung (Ziff. 11-15)	2005	7.307.873,4	
		2006	7.420.565,1	
		2007	7.616.342,3	
		2008	7.943.367,0	
		2009	8.187.970,2	
11	Personalausgaben	2005	3.056.864,9	4
		2006	3.135.189,8	
		2007	3.173.611,1	
		2008	3.246.752,3	
		2009	3.335.535,2	
12	Laufender Sachaufwand	2005	493.718,8	
		2006	516.507,0	
		2007	549.868,0	
		2008	557.650,1	
		2009	552.368,8	
121	Sächliche Verwaltungsausgaben	2005	430.334,4	51-54
		2006	439.941,4	
		2007	469.910,6	
		2008	475.966,1	
		2009	484.108,8	
122	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	2005	--	55
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
123	Erstattungen an andere Bereiche	2005	29.321,4	67
		2006	34.083,9	
		2007	38.199,7	
		2008	46.210,0	
		2009	42.459,0	
124	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	2005	34.063,0	686
		2006	42.481,7	
		2007	41.757,7	
		2008	35.474,0	
		2009	25.801,0	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
13	Zinsausgaben	2005	939.668,1	
		2006	912.174,6	
		2007	956.665,4	
		2008	1.050.579,0	
		2009	1.133.481,0	
131	an öffentlichen Bereich	2005	19,3	
		2006	17,9	
		2007	16,4	
		2008	16,0	
		2009	15,0	
1311	an Bund	2005	19,3	561
		2006	17,9	
		2007	16,4	
		2008	16,0	
		2009	15,0	
1312	an Sondervermögen	2005	--	564
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
1313	an sonstigen öffentlichen Bereich	2005	--	562, 563, 567
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
132	an andere Bereiche	2005	939.648,8	
		2006	912.156,7	
		2007	956.649,0	
		2008	1.050.563,0	
		2009	1.133.466,0	
1321	für Ausgleichsforderungen	2005	--	573
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1322	für Kreditmarktmittel	2005	939.648,8	571, 575, 576
		2006	912.156,7	
		2007	956.649,0	
		2008	1.050.563,0	
		2009	1.133.466,0	
1323	an Sozialversicherungsträger	2005	--	572
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
14	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)	2005	2.786.870,2	
		2006	2.826.322,8	
		2007	2.898.956,6	
		2008	3.045.312,6	
		2009	3.119.311,2	
141	an Verwaltungen	2005	1.790.946,5	
		2006	1.795.498,7	
		2007	1.858.524,5	
		2008	1.989.642,0	
		2009	2.050.427,0	
1411	an Bund	2005	16.070,9	611, 631
		2006	16.776,1	
		2007	16.527,4	
		2008	16.068,0	
		2009	15.901,0	
1412	Länderfinanzausgleich	2005	0,0	612
		2006	0,0	
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
1413	Sonstige an Länder	2005	22.950,6	632
		2006	24.291,8	
		2007	23.523,8	
		2008	22.814,0	
		2009	22.172,0	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1414	Allgemeine Finanzzuweisungen an Gemeinden	2005	885.629,1	613
		2006	794.832,7	
		2007	810.286,0	
		2008	913.698,0	
		2009	942.301,0	
1415	Sonstige an Gemeinden (GV.)	2005	858.403,7	633
		2006	949.391,5	
		2007	994.454,8	
		2008	1.023.204,0	
		2009	1.056.192,0	
1416	an Sondervermögen	2005	158,1	614, 634
		2006	2.379,6	
		2007	5.883,8	
		2008	5.972,0	
		2009	5.977,0	
1417	an Zweckverbände	2005	5.317,5	617, 637
		2006	5.325,2	
		2007	5.325,2	
		2008	5.326,0	
		2009	5.326,0	
1418	an Sozialversicherungsträger	2005	2.416,6	616, 636
		2006	2.501,8	
		2007	2.523,5	
		2008	2.560,0	
		2009	2.558,0	
142	an andere Bereiche	2005	995.923,7	
		2006	1.030.824,1	
		2007	1.040.432,1	
		2008	1.055.670,6	
		2009	1.068.884,2	
1421	an Unternehmen für betriebsfremde Lasten	2005	--	
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1422	sonstige an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen	2005	796.376,9	682, 683, 685
		2006	819.051,2	
		2007	820.999,7	
		2008	832.766,6	
		2009	844.270,6	
1423	Renten, Unterstützungen und Ähnliches	2005	68.607,2	681
		2006	72.524,3	
		2007	75.644,6	
		2008	78.328,6	
		2009	80.925,6	
1424	an soziale und ähnliche Einrichtungen	2005	130.685,4	684
		2006	138.994,4	
		2007	142.810,7	
		2008	144.130,0	
		2009	143.434,0	
1425	an Ausland	2005	254,2	687, 688
		2006	254,2	
		2007	977,1	
		2008	445,4	
		2009	254,0	
1426	an Ausland	2005	--	
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
15	Schuldendiensthilfen	2005	30.751,4	
		2006	30.370,9	
		2007	37.241,2	
		2008	43.073,0	
		2009	47.274,0	
151	an Verwaltungen	2005	19.153,9	
		2006	17.346,0	
		2007	22.272,5	
		2008	26.606,0	
		2009	32.304,0	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1511	an Länder	2005	--	622
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
1512	an Gemeinden (GV.)	2005	19.153,9	623
		2006	17.346,0	
		2007	22.272,5	
		2008	26.606,0	
		2009	32.304,0	
1513	an sonstigen öffentlichen Bereich	2005	0,0	621, 624, 626
		2006	0,0	
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
1514	an Zweckverbände	2005	--	627
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
152	an andere Bereiche	2005	11.597,5	
		2006	13.024,9	
		2007	14.968,7	
		2008	16.467,0	
		2009	14.970,0	
1521	an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen	2005	10.790,5	661, 662, 664
		2006	12.249,2	
		2007	14.225,1	
		2008	15.763,0	
		2009	14.290,0	
1522	an Sonstige im Inland	2005	807,0	663
		2006	775,7	
		2007	743,6	
		2008	704,0	
		2009	680,0	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1523	an Ausland	2005	--	666
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
1524	an Ausland	2005	--	
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
2	Ausgaben der Kapitalrechnung (Ziff. 21-25)~ (Ziff. 21 - 25)	2005	773.256,6	
		2006	763.119,2	
		2007	766.543,0	
		2008	710.186,0	
		2009	701.021,0	
21	Sachinvestitionen	2005	183.184,4	
		2006	167.875,3	
		2007	221.652,2	
		2008	180.249,6	
		2009	166.723,6	
211	Baumaßnahmen	2005	127.641,6	7
		2006	118.536,3	
		2007	118.875,7	
		2008	114.813,6	
		2009	114.945,6	
212	Erwerb von unbeweglichen Sachen	2005	300,0	82
		2006	53,3	
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
213	Erwerb von beweglichen Sachen	2005	55.242,8	81
		2006	49.285,7	
		2007	102.776,5	
		2008	65.436,0	
		2009	51.778,0	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
22	Vermögensübertragungen	2005	538.790,5	
		2006	546.126,2	
		2007	494.431,0	
		2008	480.058,4	
		2009	484.389,4	
221	Zuweisungen für Investitionen	2005	378.075,5	
		2006	353.676,1	
		2007	299.704,9	
		2008	290.820,4	
		2009	294.429,4	
2211	an Länder	2005	0,0	882
		2006	0,0	
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
2212	an Gemeinden (GV.)	2005	366.197,1	883
		2006	337.882,4	
		2007	283.340,9	
		2008	274.148,4	
		2009	278.340,4	
2213	an Zweckverbände	2005	11.428,4	887
		2006	12.375,7	
		2007	12.629,0	
		2008	12.902,0	
		2009	12.919,0	
2214	an sonstigen öffentlichen Bereich	2005	450,0	881, 884, 886
		2006	3.418,0	
		2007	3.735,0	
		2008	3.770,0	
		2009	3.170,0	
222	Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche	2005	160.239,6	89
		2006	191.977,7	
		2007	194.277,3	
		2008	188.802,0	
		2009	189.518,0	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
223	sonstige Vermögensübertragungen	2005	475,4	
		2006	472,4	
		2007	448,8	
		2008	436,0	
		2009	442,0	
2231	an Länder	2005	--	692
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
2232	an Gemeinden (GV.)	2005	360,0	693
		2006	357,0	
		2007	359,0	
		2008	436,0	
		2009	442,0	
2233	an sonstige Verwaltungen	2005	--	691
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
2234	an andere Bereiche	2005	115,4	697, 698, 699
		2006	115,4	
		2007	89,8	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
23	Darlehen	2005	50.738,0	
		2006	48.594,0	
		2007	49.248,0	
		2008	49.369,0	
		2009	49.399,0	
231	an Verwaltungen	2005	15.050,0	
		2006	15.000,0	
		2007	15.000,0	
		2008	15.000,0	
		2009	15.000,0	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
2311	an Länder	2005	--	852
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
2312	an Gemeinden (GV.)	2005	0,0	853
		2006	0,0	
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
2313	an Zweckverbände	2005	50,0	857
		2006	0,0	
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
2314	an sonstige Verwaltungen	2005	15.000,0	851, 854, 856
		2006	15.000,0	
		2007	15.000,0	
		2008	15.000,0	
		2009	15.000,0	
232	an andere Bereiche	2005	35.688,0	
		2006	33.594,0	
		2007	34.248,0	
		2008	34.369,0	
		2009	34.399,0	
2321	an Sonstige im Inland	2005	35.688,0	861-863, 87
		2006	33.594,0	
		2007	34.248,0	
		2008	34.369,0	
		2009	34.399,0	
2322	an Ausland	2005	--	866
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
24	Erwerb von Beteiligungen u.ä.	2005	0,0	83
		2006	0,0	
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
25	Schuldentilgung an öffentlichen Bereich	2005	543,7	
		2006	523,7	
		2007	1.211,8	
		2008	509,0	
		2009	509,0	
251	an Bund	2005	143,7	581
		2006	123,7	
		2007	811,8	
		2008	109,0	
		2009	109,0	
252	an Sondervermögen	2005	400,0	584
		2006	400,0	
		2007	400,0	
		2008	400,0	
		2009	400,0	
253	an sonstigen öffentlichen Bereich	2005	--	582, 583, 587
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
3	Globale Mehrausgaben	2005	-186.296,0	
		2006	21.000,0	
		2007	-115.000,0	
		2008	-323.000,0	
		2009	-495.700,0	
3000	Globale Mehrausgaben - soweit nicht aufgeteilt	2005	-186.296,0	97
		2006	21.000,0	
		2007	-115.000,0	
		2008	-323.000,0	
		2009	-495.700,0	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
4	Gesamtausgaben (Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge - Ziff. 1 bis 3 -)	2005	7.894.834,0	
		2006	8.204.684,3	
		2007	8.267.885,3	
		2008	8.330.553,0	
		2009	8.393.291,2	
5	Besondere Finanzierungsvorgänge	2005	2.874.089,1	
		2006	2.502.665,1	
		2007	3.186.249,6	
		2008	2.743.957,0	
		2009	1.944.476,0	
51	Tilgungsausgaben am Kreditmarkt	2005	2.873.689,1	
		2006	2.502.665,1	
		2007	3.186.249,6	
		2008	2.743.957,0	
		2009	1.944.476,0	
511	für Kreditmarktmittel	2005	2.873.689,1	595
		2006	2.502.665,1	
		2007	3.186.249,6	
		2008	2.743.957,0	
		2009	1.944.476,0	
512	für Ausgleichsforderungen	2005	--	593
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
513	an Sozialversicherungsträger	2005	--	592
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
514	an Sonstige	2005	--	591, 596
		2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	

Finanzplan 2005 bis 2009
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
52	Zuführung an Rücklagen	2005	400,0	91
		2006	0,0	
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
53	Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	2005	0,0	96
		2006	0,0	
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
6	Zu- und Absetzungen	2005	10.650,5	
		2006	22.244,2	
		2007	21.244,2	
		2008	21.277,3	
		2009	21.272,3	
64	Nettostellungen (Verrechnungen u.ä.)	2005	10.650,5	98
		2006	22.244,2	
		2007	21.244,2	
		2008	21.277,3	
		2009	21.272,3	
7	Abschluss-summe der Haushalte (Ziff. 4+5+6)~ (Ziff. 4 + 5 + 6)	2005	10.779.573,6	
		2006	10.729.593,6	
		2007	11.475.379,1	
		2008	11.095.787,3	
		2009	10.359.039,5	